Nr. 199 / Einzelpreis 10 Pfennig — Halle (Saale), Donnerstag, den 27. August 1925

Volksblatt

Das „Volksblatt" erscheint jeden Werktag; Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit." Unverlangt eingesandten Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt" ist das Publikations-Organ der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Harz 42/44, Hofgebäude, zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4667. Persönl. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,— Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abholer 1,90 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt od. u. Postboten zugestellt 2,40 Mk.; bei direkter Einsendung an den Verlag 2,30 Mk. Anzeigenpreis: 12 Pfg. im Anzeigen- und 60 Pfg. im Reklameteile d. Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44, Fernruf 4605. — Zweigstelle: Gr. Ulrichstraße 27. — Postscheckkonto 20319 Leipzig

Die Antwort Frankreichs.

Allgemeine Schiedsgerichtsbarkeit. / Völkerbund. / Einladung zu mündlichen Verhandlungen.

Der Wortlaut der Note.

Im Eingangspassus der heute veröffentlichten französischen Antwortnote stellt die französische Regierung mit Befriedigung fest, daß beide Regierungen bereit sind, „den Frieden Europas auf eine Verständigung gestützt zu sehen, die den Völkern ergänzende Sicherheitsgarantien verschafft". Die Note behandelt dann in einzelnen Kapiteln die von der deutschen Regierung in ihrer bekannten Antwort gemachten Einwendungen. Sie hat von da an wörtlich folgenden Wortlaut:

I.

Mit Befriedigung hat die französische Regierung festgestellt, daß die deutsche Regierung nicht beabsichtigte, den Abschluß eines Sicherheitspaktes von einer Aenderung der Bestimmungen des Friedensvertrages abhängig zu machen.

Jedoch lenkt die deutsche Regierung zweimal die Aufmerksamkeit darauf, daß die Möglichkeit gegeben sei, die bestehenden Verträge auf dem Wege der Vereinbarung neuen Verhältnissen anzupassen, wobei sie auch auf gewisse Bestimmungen der Völkerbundssatzungen hinweist. Ebenso bringt sie den Gedanken einer Aenderung des Okkupationsregimes in den Rheinlanden in Anregung.

Frankreich ist sich bei seiner Achtung vor den internationalen Verpflichtungen der Vertragsbestimmungen, auf welche die deutsche Note anspielt, durchaus bewußt und hat nicht die Absicht, sich irgendeiner Bestimmung der Völkerbundssatzung zu entziehen. Es erinnert aber daran, daß diese Satzung in erster Linie auf der gewissenhaften Achtung vor den Verträgen beruht, die die Grundlage des öffentlichen Rechts Europas bilden, und daß sie für den Eintritt eines Staates in den Völkerbund die aufrichtige Absicht der Innehaltung seiner internationalen Verpflichtungen zur ersten Bedingung macht.

In Uebereinstimmung mit ihren Alliierten ist die französische Regierung der Ansicht, daß

weder der Friedensvertrag noch die Rechte, die nach diesem Vertrage Deutschland und den Alliierten zustehen, beeinträchtigt werden dürfen.

Ebensowenig wie der Vertrag dürfen auch die Garantien für seine Durchführung oder die Bestimmungen, welche die Anwendung dieser Garantien regeln und in gewissen Fällen ihre Erleichterung vorsehen, durch die in Aussicht genommenen Abmachungen geändert werden.

Wenn die Note vom 16. Juni hervorgehoben hat, daß der Sicherheitspakt „weder die Bestimmungen des Vertrages über die Besetzung des linken Rheinufers noch die Erfüllung der in dieser Hinsicht im Rheinlandabkommen festgesetzten Bedingungen berühren darf", so besagt das, daß Frankreich, so sehr es auch bereit ist, die schwebenden Verhandlungen in liberalem Geiste und mit friedlichen Absichten fortzusetzen, nicht auf seine Rechte verzichten kann. Im übrigen wiederholt Frankreich zu seinem Teile die bereits von den Alliierten abgegebene Erklärung, daß sie die Absicht haben, sich gewissenhaft an ihre Verpflichtungen zu halten.

II.

Die Alliierten sind nach wie vor überzeugt, daß die Zugehörigkeit zum Völkerbunde für Deutschland, nachdem es seinen Eintritt vollzogen hat, das sicherste Mittel sein würde, um seine Wünsche zur Geltung zu bringen, wie dies andere Staaten ihrerseits getan haben. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist die einzige dauerhafte Grundlage einer gegenseitigen Garantie und eines europäischen Abkommens. In der Tat kann ein Staat Vorbehalte nicht von außen her wirksam zum Ausdruck bringen, da sie dadurch den Charakter von Bedingungen annehmen würden. Erst innerhalb des Bundes kann er seine Wünsche dem Rate unterbreiten, indem er von seinem Rechte Gebrauch macht, das allen dem Bunde angehörenden Staaten zusteht. Aus diesem Grunde haben wir mit Bedauern die Vorbehalte der deutschen Note gelesen, wonach die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund nach der Klärung bedürfte, da das Schreiben des Völkerbundsrates vom 13. März 1925 nach Ansicht der deutschen Regierung ihre Bedenken nicht ausgeräumt hat.

Die französische Regierung ist nicht berechtigt, im Namen des Völkerbundes zu sprechen. Der Rat, der mit den von Deutschland vorgebrachten Vorbehalten befaßt worden ist, hat der deutschen Regierung seine Entscheidung mitgeteilt, die sich auf den Grundsatz der Gleichheit der Nationen stützt, einen Grundsatz, der für keine von ihnen eine Ausnahme oder ein Vorrecht zuläßt.

Die alliierten Regierungen können sich, was sie angeht, nur auf ihre früheren Erklärungen beziehen und nur wiederholen, daß nach ihrer Auffassung der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund nach Maßgabe des allgemeinen Rechtes

die Grundlage für jede Verständigung

über die Sicherheit bleibt. Es ist gerade das Fehlen dieser Sicherheit, das bis jetzt die allgemeine Abrüstung verhindert hat, die in der Völkerbundssatzung vorgesehen ist und auf die die deutsche Note anspielt.

III.

Die deutsche Regierung hat hinsichtlich der Art und der Tragweite der Schiedsverträge, die zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und Belgien als Signatarmächten des Rheinpaktes sowie den anderen Deutschland benachbarten Signatarmächten des Versailler Vertrags andererseits abzuschließen sein würden, Vorbehalte gemacht, die den obligatorischen Charakter dieser Schiedsverträge nach dem Muster der von Deutschland bereits mit einigen seiner Nachbarn abgeschlossenen Schiedsverträge einschränken würden. Diese letzteren Verträge sehen in allen Fällen die Anrufung einer ständigen Vergleichskommission vor; aber die schiedsgerichtliche Regelung im eigentlichen Sinne erstreckt sich, wenn sie auch auf die meisten Fälle Anwendung findet, nicht auf die wichtigsten Fälle, nämlich die politischen Fälle, also gerade diejenigen, die zum Kriege führen könnten.

Dadurch würden die in ersten deutschen Memorandum vom 9. Februar 1925 ins Auge gefaßten Bestimmungen, die den

Abschluß von Schiedsverträgen zur Sicherstellung einer friedlichen Lösung der politischen sowie der rechtlichen Konflikte

ins Auge faßten, in bedenklicher Weise eingeschränkt werden. Nach Ansicht der Alliierten wäre ein auf diese Weise eingeschränkter Schiedsvertrag, der sich nicht auf alle Streitigkeiten zwischen den einander benachbarten Ländern erstreckt, als Friedensgarantie ohne hinreichenden Wert, da er für Kriegsgefahren Raum lassen würde. Was wir vor allem wollen, ist das, daß unter den in der Note vom 16. Juni angegebenen Voraussetzungen

jede neue Anwendung von Gewalt durch eine für alle Fälle obligatorische friedliche Regelung unmöglich gemacht wird.

Der Grundsatz eines derartigen Schiedsgerichtsobligatoriums ist nach unserer Ansicht die unerläßliche Bedingung für einen Pakt, wie ihn die deutsche Regierung in ihrer Note vom 9. Februar vorgeschlagen hat.

Die von der deutschen Regierung hinsichtlich der Garantierung eines Schiedsvertrags hervorgehobenen Befürchtungen können einer objektiven Prüfung nicht standhalten. Nach dem in Aussicht genommenen System entscheidet der Garant nicht frei und einseitig darüber, wer der Angreifer ist. Der Angreifer bezeichnet sich selbst durch die bloße Tatsache, daß er, anstatt sich auf eine friedliche Lösung einzulassen, zu den Waffen greift oder eine Verletzung der Grenzen oder, am Rhein, der demilitarisierten Zone begeht. Es liegt auf der Hand, daß der Garant, der das größte Interesse daran hat, derartige Verletzungen von der einen wie der anderen Seite zu verhindern, beim ersten Anzeichen einer Gefahr nicht unterlassen wird, zu diesem Zweck seinen ganzen Einfluß geltend zu machen. Im übrigen wird es nur von den einander benachbarten Nationen selbst abhängen, daß dieses Garantiesystem, das zu ihrem gegenseitigen Schutze geschaffen wird, nicht zu ihrem Nachteil in Funktion tritt. Was das System der Garantierung eines Schiedsvertrags anlangt, so geht es unmittelbar von einem Gedanken aus, der von der Völkerbundsversammlung auf ihrer letzten Tagung in Genf als mit dem Geiste der Satzung übereinstimmend anerkannt worden ist.

Es erscheint nicht unmöglich, Bestimmungen zu formulieren, die das Funktionieren der Garantie (gleichviel, wer der Garant ist, und gleichviel, ob sich die Garantie auf die Grenze oder auf die Schiedssprechung bezieht) der Art der Vereinigung, den Umständen des Falles und dem durch die unmittelbare Anwendung der Garantie geforderten Grade der Schnelligkeit anpassen. In diesem Sinne könnte man untersuchen, ob es nicht möglich wäre, Mittel und Wege in Aussicht zu nehmen, um die Unparteilichkeit der Entschließungen sicherzustellen, ohne der Unmittelbarkeit und Wirksamkeit der Garantie zu schaden.

Zusammenfassend kann die französische Regierung gegenüber den drei wesentlichen Punkten der deutschen Note vom 20. Juli 1925, in Uebereinstimmung mit ihren Alliierten, und ohne sich der rechtsmäßigen Anwendung irgendeiner Bestimmung der Völkerbundssatzung entziehen zu wollen, nur ihre vorstehenden Bemerkungen über die Notwendigkeit einer gewissenhaften Achtung vor den Verträgen bestätigen. Sie ist nicht berechtigt zur Erörterung der Fragen, die sich auf die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund beziehen und über die sich der Völkerbund ausgesprochen hat. Endlich gibt sie sich der Hoffnung hin, daß die in Aussicht genommenen Garantien in Formeln gebracht werden können, die gerecht und vernünftig sind und zugleich mißbräuchliche und ungerechtfertigte Auslegungen und Anwendungen ausschließen.

Die französische Regierung ist sich, in Uebereinstimmung mit ihren Alliierten, der Schwierigkeit und der Verzögerungen bewußt, die die Fortsetzung einer Verhandlung über so heikelste Fragen auf dem Wege des Notenwechsels mit sich bringt. Aus diesem Grunde beschränkt sie sich unter Hinweis auf ihre Note vom 16. Juni auf diese allgemeinen Bemerkungen, ohne auf weitere Einzelheiten einzugehen.

Nach diesen in Aufrichtigkeit dargelegten vorbereitenden Ausführungen, die zur Vermeidung jeden Mißverständnisses bestimmt sind, ladet die französische Regierung, in Uebereinstimmung mit ihren Alliierten, die deutsche Regierung ein, auf diesen Grundlagen in eine Verhandlung einzutreten, mit dem Willen, zu einem Vertrage zu gelangen, dessen Abschluß Frankreich zu seinem Teile lebhaft wünscht.

*

Die deutsche Regierung scheint die französische Antwortnote für eine geeignete Grundlage für weitere Verhandlungen über den Sicherheitspakt zu halten. Sie soll, wie der Soz. Pressedienst erfährt, die Absicht haben, auf diese Note lediglich mit einer kurzen Empfangsbestätigung zu antworten. Daß die Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und den Ententemächten bereits weiter gediehen sein müssen, kann man daraus schließen, daß bereits in der nächsten Woche Ministerialdirektor Dr. Gauß zu einer informatorischen Juristenkonferenz fahren wird, die am Montag in London beginnen soll. Damit scheint das Stadium der Verhandlungsform durch Notenwechsel endgültig verlassen zu sein und eine Konferenz der verantwortlichen Außenminister und Ministerpräsidenten in absehbarer Zeit sichergestellt zu sein. Offenbar beurteilt die deutsche Regierung auch inhaltlich die Briand-Note günstig. Der Hinweis darauf, daß einer allgemeinen Abrüstung der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vorausgehen müsse, scheint die Neigung zum Eintritt bei der deutschen Regierung verstärkt zu haben. Man hofft, daß dann die Abrüstung auch der übrigen Mächte mit mehr moralischem Gewicht verlangt werden kann. Auch der Artikel 16 (Durchmarschrecht) scheint nicht mehr in so starkem Maße als Hindernis zwischen den verhandelnden Mächten zu stehen wie noch vor einigen Monaten. In den Kreisen der Regierung wird versichert, daß Deutschland kein Sonderrecht für sich beanspruchen wolle, Deutschland wünsche nur Sicherheit dafür zu haben, daß nach seinem Eintritt dieser Artikel nicht in illoyaler Weise zu seinem Ungunsten angewandt werde.

Wieweit diese in Regierungskreisen geäußerten Auffassungen von den hinter der Regierung stehenden Parteien geteilt werden, muß sich sehr bald zeigen. Wenn die deutsche Regierung jetzt schon die kommende Konferenz vorbereitet, werden die Deutschnationalen nicht mehr in der Lage sein, mit Ausflüchten und Redensarten die Verantwortung für diese Verhandlungen von sich abzuwälzen. Der Jahrestag des 29. August, des Tages, an dem der berüchtigte Umfall der Deutschnationalen im Reichstag vor sich ging, wird zum zweiten Male der deutschnationalen Demagogie und Verlogenheit einen entscheidenden Stoß versetzen.

Jedenfalls ist es für die Stellung der Reichsregierung zur neuen Ententenote bezeichnend, daß die Antwort, die übrigens bereits am Mittwochabend abgegangen ist, im Kabinett einstimmig beschlossen worden ist und daß ebenso einstimmig selbstverständlich auch der Entsendung des Ministerialdirektors Gauß nach London zugestimmt wurde.

Was Frankreich erwartet.

Sofortigen mündlichen Meinungsaustausch.

Der französische Botschafter in Berlin hat die Uebergabe der französischen Note durch die beiden folgenden Erklärungen ergänzt, die durch gleichlautende Erklärungen des englischen Botschafters und des belgischen Gesandten bestätigt worden sind:

1. Frankreich und seine Alliierten würden es für zweckmäßig halten, **wenn die juristischen Sachverständigen der Außenministerien von Deutschland, Belgien, Frankreich und Großbritannien so bald als möglich zusammenträten,** um dem Vertreter des Deutschen Reiches die Möglichkeit zu geben, die Ansichten der alliierten Regierungen über die juristische und die technische Seite der zur Erörterung stehenden Fragen kennenzulernen.

2. Nachdem diese Vorarbeit erledigt ist, **könnten die Außenminister Deutschlands, Belgiens, Frankreichs und Großbritanniens eine Zusammenkunft verabreden,** von der die alliierten Mächte eine Beschleunigung der endgültigen Lösung der vorliegenden Fragen erhoffen.

Paris, 27. August. (Eig. Drahtbericht.)

Anläßlich der Ueberreichung des Textes der französischen Note an die Presse wurde von zuständiger Stelle erklärt, daß Frankreich diese Note als den **Abschluß der Verhandlungen auf schriftlichem Wege betrachte** und nunmehr die Möglichkeit zum **mündlichen Meinungsaustausch** zwischen den in Frage kommenden Regierungen gegeben sehe. Frankreich würde vorziehen, daß die Ausarbeitung des Sicherheitspaktes zunächst einem Ausschuß juristischer Sachverständiger anvertraut werde. **Eine** Aussprache zwischen den Außenministern der beteiligten Länder würde dann folgen, und der endgültige Abschluß des Paktes auf einer großen, allgemeinen Konferenz stattfinden. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sei nicht eine Vorbedingung für den Abschluß des Sicherheitspaktes, sondern der erste Schritt zu seiner Erfüllung. Man erwarte in Paris angesichts der Entspannung, die die deutsch-französischen Beziehungen in der letzten Zeit erfahren hätten, eine günstige Aufnahme der französischen Note in Deutschland. Mit dem Abschluß des Sicherheitspaktes rücke auch die Lösung des Sicherheitsproblems in nähere Zukunft, denn mit der Herstellung der Sicherheit sei die bisher fehlende Voraussetzung für die Abrüstung geschaffen.

Paris, 27. August. (Eig. Drahtbericht.)

Anläßlich der Räumung von Duisburg und Düsseldorf zieht der „Temps" eine Bilanz der deutschen auswärtigen Politik der letzten Jahre. **Die Politik der Erfüllung habe Deutschland wichtige Vorteile gebracht;** andererseits habe sie erlaubt, zu hoffen, daß man auf diesem Wege die Gefahr einer neuen europäischen Krise zu bannen imstande sein werde. **Unglücklicherweise werde diese von Wirth und Rathenau begonnene und von Marx und Stresemann verfolgte Politik durch den wachsenden Einfluß der Deutschnationalen durchlöchert.** Wirth sei gezwungen, die Zentrumspartei, die sich immer mehr nach rechts entwickle, zu verlassen, Marx

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250827-13/fragment/page=0001

sei von der Reichspräsidentschaft und der Reichsregierung ausgeschaltet, Rathenau sei durch Mord beseitigt worden. Selbst Stresemann werde heftig von den reaktionären Elementen, die die Mehrheit der gegenwärtigen Regierung bildeten, bekämpft. Dies sei alles andere als vielversprechend für die Zukunft. Die Verhandlungen über den Sicherheitspakt würden schließlich zeigen, was man unter diesen Umständen vom guten Willen Deutschlands erwarten könne.

Pressestimmen.

Berlin, 27. August. (Radiomeldung.)

Zu dem Gang der Verhandlungen über den Sicherheitspakt schreibt der „Vorwärts": „Das Stadium des Notenwechsels ist zu Ende und die Bahn zu mündlichen Verhandlungen ist frei. Die Verhandlungen über den Sicherheitspakt nähern sich damit jenem Stadium, das in den Verhandlungen über den Dawes-Plan erreicht wurde, als die deutsche Regierung Marx-Stresemann sich entschloß, zur Londoner Konferenz zu gehen. . . . Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist mit der Frage des Sicherheitspaktes unterenander verknüpft. Er entspricht dem Willen der großen Mehrheit des deutschen Volkes. Für die Sozialdemokratie ist die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland, die Herstellung eines gesicherten Friedens, der entscheidende Punkt der europäischen Politik. Völkerbund und Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sind Wege zu einem gesicherten Frieden, die jedoch getrennt nicht zum Ziele führen. Die Sozialdemokratie begrüßt jeden Fortschritt auf diesem Wege. Sie verlangt aber von der deutschen Regierung, daß sie in der Frage des Eintritts in den Völkerbund Aktivität entwickelt.

Die „Vossische Zeitung" erklärt: „Auf die Verhandlungen kommt alles an." Ueber sie weiß das Blatt folgendes zu melden: „Sie sollen praktisch bereits am kommenden Montag in London beginnen. Herr de Margerie war nicht nur als Briefträger tätig, sondern hat auch im Auftrag der französischen, belgischen und englischen Regierung zwei Einladungen überbracht. . . . Der Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor Gauß, dem man die Vaterschaft der deutschen Noten nachsagt, fährt auf einmütigen Beschluß des Reichskabinetts nach London mit der Weisung, sich streng auf die Rolle des Sachverständigen zu beschränken und keinerlei Verhandlungen zu führen, die ja naturgemäß den politischen Instanzen vorbehalten bleiben. Man hat sich in Berlin überzeugt, daß die Gegenseite diesmal keine „Diktate" vorbereitet, sondern wirklich verhandeln will." — „Will man den Gesamteindruck der Note würdigen," sagt das „Berliner Tageblatt", „so kann man sagen, daß sie wenigstens keinen Schritt zurück darstellt. Aber wenn sie einen Schritt nach vorwärts bedeutet, so erfolgt dieser Schritt nur recht zögernd. . . . Die Frage, wie der eigentliche Sicherheitspakt, für den Deutschland ja mehrere Vorschläge zur Wahl angeboten hat, nun aussehen soll, ist ja nicht einmal angeschnitten worden. Die eigentliche Arbeit beginnt also erst." — Die „Germania" schreibt u. a.: „Man hat den Eindruck, daß es höchste Zeit war, den Notenwechsel zu beenden, wenn man nicht aneinander vorbeischreiben wollte. Die französische Antwort wiederholt in vielem die Grundsätze der Note vom 16. Juni, und es drängt sich dem Leser das Zitat auf: „Man spricht vergebens viel, um zu versagen, der andere hört von allem nur das Nein." Trotzdem ist die Note geeignet, die mündlichen Verhandlungen zu ermöglichen und gewisse dunkle Stellen beweisen sowohl solchen Willen, wie die Unmöglichkeit, den schriftlichen Verkehr fortzusetzen."

Die deutschnationalen Organe der Partei „Halb und Halb" lassen schon in ihren Ueberschriften den Wunsch erkennen, daß die Verhandlungen nicht weitergehen oder sich zerschlagen mögen. „Kein Fortschritt," ruft der „Berliner Lokalanzeiger", „Worte . . ." die „Deutsche Tageszeitung" und „Geringe Verständigungsmöglichkeiten" sieht die „Kreuzzeitung". Für sie ist „die Note in keiner Weise dazu angetan, die deutschen Bedenken gegen einen Eintritt in den Völkerbund auch nur im geringsten zu zerstreuen". „Vorläufig jedenfalls", meint das Blatt, „sind wir von einer Verständigung noch weit entfernt. . . . Zum Schluß sei darauf hingewiesen, daß vor einem Eintritt in formelle Verhandlungen, bei denen Deutschland selbstverständlich gleichberechtigter Faktor sein muß, natürlich die Räumung der Kölner Zone, die immer noch vertragswidrig besetzt ist, erfolgt sein muß." Zu der in Aussicht genommenen Konferenz der Alliierten erklärt die „Deutsche Tageszeitung", daß „eine solche Besprechung nicht eher irgendeinen Erfolg versprechen und zugleich unbedenklich sein kann, als bis der Standpunkt Deutschlands und der Alliierten tatsächlich angenähert worden ist, d. h. nicht eher, als bis in den Hauptpunkten eine sachliche Einigung in Aussicht steht." Wie man sieht, ganz die Tonart der von Poincaré inspirierten französischen Presse. Und der Berliner „Lokalanzeiger", das Organ für die Verdummung des Volkes schlechthin, erzählt seinen Lesern: „Das deutsche Volk kann den Londoner Verhandlungen nur mit ausgesprochenem Pessimismus entgegensehen." Mit ganz schwerem Geschütz fährt wieder einmal die „Deutsche Zeitung" auf, das Sprachrohr des völkischen Flügels der Deutschnationalen, der den Sicherheitspakt unter allen Umständen hintertreiben und Stresemann zur Strecke bringen will. „Wohl selten hat sich in Deutschland, man kann fast sagen, in der ganzen Welt, ein Mensch so blamiert, wie der Herr Reichsaußenminister Dr. Gustav Stresemann mit seinem Sicherheitsvorschlag, der der Welt den Frieden und Deutschland die Freiheit und Gleichberechtigung bringen sollte." Schließlich erklärt das Blatt: „Die völkische Freiheitspartei lehnt ja mit uns die ganze Sicherheitsfrage überhaupt ab. Aber wie uns aus deutschnationalen Kreisen zuversichtlich versichert wird, steht man dort auf dem Standpunkt, daß alle die erwähnten Vorbehalte und manche anderen voll und ganz aufrechterhalten würden, daß die Note vom 30. Juli noch genau so Geltung haben werde, wie vorher und man nicht einen Deut von dieser Stellungnahme abrücke. Das eröffnet recht erfreuliche Aussichten nach der Richtung, was aus dem Kabinett Luther wird, ob Herr Stresemann ausgebootet wird oder ob die Deutschnationalen austreten."

Die „Rote Fahne" macht ihren Lesern weiß: „Vor dem Abschluß des Antisowjetpaktes."

Paris, 27. August. (Radiomeldung.)

Die französische Antwortnote in der Sicherheitsfrage wird von den meisten Pariser Morgenblättern ohne Kommentar veröffentlicht. Der „Petit Parisien" weist darauf hin, daß die Note mit besonderer Klarheit und in einem Geiste der Versöhnung abgefaßt sei. Das Wort gehöre jetzt Deutschland. „Ere nouvelle" sieht in der Note eine vollständige Klarlegung des französischen Standpunktes in der Sicherheitsfrage und eine formelle Einladung zu weiteren Verhandlungen. Das „Oeuvre" wirft die Frage auf, ob Deutschland bereits im September um seine Aufnahme in den Völkerbund kommen werde. Das Blatt hält dies kaum für möglich, würde diese Tatsache aber sehr begrüßen. Jedenfalls würde Deutschland mit etwas gutem Willen dazu in der Lage sein, und es sei auch die Ansicht des Vorsitzenden der interalliierten Militärkontrollkommission, General Walch, daß Deutschland in kurzer Zeit mit den Entwaffnungsbestimmungen des Friedensvertrages in reine kommen kann, um daraufhin ohne Beschränkungen in den Völkerbund aufgenommen zu werden.

Das Kriegsschuldenproblem.

Die Londoner Verhandlungen unterbrochen.

Paris, 27. August. (Radiomeldung.)

Die zwischen Caillaux und Churchill geführten Verhandlungen über die Regelung der französischen Schulden an England sind am Mittwoch unterbrochen worden, ohne daß dabei eine endgültige Einigung erzielt worden wäre. Ein offizielles, in London herausgegebenes, französisches Kommuniqué stellt fest, daß England seine ursprünglichen Forderungen auf eine Jahreszahlung von 20 Millionen Pfund auf 12,5 Millionen Pfund herabgesetzt habe. Caillaux werde diesen Vorschlag der französischen Regierung unterbreiten. Er glaube, daß dieser Vergleich mit England auch Bestimmungen darüber enthalten müsse, daß die französischen Zahlungen im Falle des Sinkens der französischen Währung eingestellt würden. Frankreich müßte außerdem Garantien dafür erhalten, daß es in keinem Falle an seine Alliierten größere Beträge zahle, als es von Deutschland erhalten würde. Das Kommuniqué schließt mit der Versicherung, daß, obwohl die Verhandlungen jetzt unterbrochen seien, doch eine endgültige Einigung mit London möglich sei.

Arbeitslosenproblem und Internationale.

Der Kongreß in Marseille.

Marseille, 26. August. (Eig. Drahtbericht.)

Nachdem zu Beginn der Vollsitzung des Internationalen Kongresses Brade (Frankreich) des 75jährigen Paul Axelrod ehrend gedacht hatte, führte der Vertreter der russischen Sozialdemokratischen Partei, Abramowitsch in leidenschaftlicher Ansprache aus, daß unter dem Sowjet-Regime nur in den Gefängnissen und Verbannungslagern Meinungsfreiheit herrsche. Während die Internationale den Geburtstag ihres Vorkämpfers Axelrod feiere, riskierten diejenigen russischen Arbeiter, die gleiches tun, ins Gefängnis geworfen zu werden.

Marseille, 27. August. (Radiomeldung.)

Die Arbeiten des internationalen Kongresses stehen vor ihrem Abschluß. Am Mittwochabend hat die politische Kommission nach Ueberwindung vieler Schwierigkeiten das Ergebnis ihrer Beratungen in einer Entschließung niedergelegt, die am Donnerstagvormittag den Kongreß beschäftigen wird. Die übrigen Kommissionen beendeten im Verlaufe des Mittwoch vormittag in voller Einmütigkeit ebenfalls ihre Arbeiten. Außerdem tagte zu gleicher Zeit eine Erziehungskonferenz und eine Zeitungskonferenz, in der von deutscher Seite die Genossen Otto Welß, Ludwig, Keil, Sollmann und Alfringhaus anwesend waren. Die großzügige Organisation des sozialdemokratischen Pressedienstes erweckte hier nach dem Referat des Genossen Sollmann großen Eindruck. Es wurde beschlossen, zunächst eine vorläufige Kommission einzusetzen, die einen für die gesamte sozialistische Presse der Welt bestimmten Fragebogen ausarbeiten soll, auf Grund dessen dann ein von den Parteien endgültig zu bestimmender Ausschuß die Organisation eines internationalen sozialistischen Pressedienstes vorzubereiten hat. Die Einberufung dieses Ausschusses erfolgt durch das Sekretariat der Internationale.

Die eigentliche Plenarsitzung wurde infolgen zu einer Ueberraschung, als der aktive belgische Außenminister, Genosse Vandervelde, mit dem schwedischen Innenminister Moeller das Präsidium führte. Von lebhaftem Beifall begrüßt, erklärte Vandervelde, er sei trotz seiner Ministereigenschaft mit ganzem Herzen bei der Sozialistischen Internationale und gerade deshalb habe er das Präsidium übernommen. Den Hauptteil der Beratungen füllte dann eine Debatte über das Arbeitslosen-Problem aus, dessen Begründung Brouckere übernahm. Er beschränkte sich unter Hinweis auf die weltpolitischen Zusammenhänge der überall zur öffentlichen Diskussion stehenden schwierigen sozialen Fragen im wesentlichen auf eine Inhaltsangabe der Resolution. Sie enthält hauptsächlich eine begrenzte Zusammenfassung der Ursachen des Arbeitslosen-Problems und eine längere Darlegung über die erforderlichen internationalen Maßnahmen zur Behebung des vorhandenen Elends. Vor allem betrachtete der Kongreß die Unterstützung der Arbeitslosen als Pflicht des Staates und der Gesellschaft. Er forderte ferner eine Organisation des Arbeitsmarktes unter hervorragenden Einfluß der Gewerkschaften und wünschte die Beseitigung der Kinderarbeit in allen Ländern. In einer richtigen Umgestaltung des Marktes und einer Vervollkommnung der Technik bei der Regelung der Jahresproduktion sieht die Internationale gleichzeitig ein wesentliches Mittel, den Uebelständen abzuhelfen, die durch die Saisonarbeitslosigkeit entstehen. Es wird weiter darauf verwiesen, daß die ernstliche Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit nicht möglich ist, solange die notwendige Abwanderung des Bevölkerungsüberschusses aus armen, verarmten oder von einer Krise betroffenen Gegenden in reichere und gute Arbeitsgelegenheit bietende verhindert wird. Selbstverständlich soll der Strom der Abwanderung nicht dem Zufall oder den Interessen der einzelnen überlassen werden. Der Kongreß ist im Gegenteil der Ansicht, daß die Abwanderung auf breiter internationaler Grundlage organisiert werden muß. Er beschloß deshalb, die Gewerkschaftsinternationale zu gemeinsamen Verhandlungen mit der Sozialistischen Internationale über das angeschnittene Problem zu ersuchen und möglichst greifbare Formulierungen über das praktische Vorgehen aufzustellen. — Auch die

Abwehr der periodischen Wirtschaftskrisen

wird in der Entschließung besonders modifiziert. Hier lenkt der Kongreß die Aufmerksamkeit der Exekutive auf den großen Wert eines Boykotts gegen alle Waren von Unternehmungen, in denen die Bestimmungen der Washingtoner Konvention über den Achtstundentag keine Beachtung finden. Die Exekutive soll diese Frage gemeinsam mit der Gewerkschaftsinternationale studieren und darauf hinwirken, daß die Sanierung des Geldwesens in steigendem Maße die Finanzkommission des Völkerbundes beschäftigt. Ihre Aufgabe wäre, die Länder mit gesunkenem Geldwert ohne jede Bedingung bei der Stabilisierung der Valuta nachdrücklich zu unterstützen. Darüber hinaus sieht der Kongreß in dem System der Hochschutzzölle eine starke Gefahr für die Schaffung eines stabilen Geldmarktes. Am Schlusse der Entschließung heißt es wörtlich:

„Die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Verringerung der Arbeitslosigkeit streben auch ein höheres Maß von gewerkschaftlicher Kontrolle über die wirtschaftliche Betätigung an. Der Kongreß weiß ferner darauf, daß die Arbeitslosigkeit erst dann endgültig überwunden werden kann, wenn diese Kontrolle vollständig sein wird und wenn das System der Produktion zum Zwecke des individuellen Profits endgültig verschwunden ist, um in einer sozialistischen Wirtschaft dem System der Erzeugung für den Nutzen der Gesellschaft Platz zu machen."

In der anschließenden Debatte wurden kaum wesentlich neue Gedanken zur Bekämpfung des Arbeitslosenproblems entfacht. Viel beachtet wurde die an sich überflüssige Erklärung über die Arbeitslosenfrage forderte. Er wünschte hauptsächlich einen klaren Hinweis darauf, daß die Reparationslasten und besonders der Dawes-Plan als Ursachen der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse zu betrachten sind. Es war überhaupt überflüssig, die in der Kommission glücklich überwundenen Schwierigkeiten vor dem Plenum wieder auszugraben. Mit erfreulicher Klarheit ließ Genosse Dißmann gegenüber den Ausführungen des Engländers keinen Zweifel, daß die deutschen Gewerkschaften und Sozialisten weiterhin für die Revision des Versailler Vertrags arbeiten, aber sich nicht von einseitigen, sondern von allgemeinen weltpolitischen Interessen zum Wohle der internationalen Arbeiterschaft lenken lassen wird. „Laßt euch von euren Arbeitgebern nicht gegen die Arbeitskollegen in anderen Ländern aufbringen!"

Lebenswende.

Roman von Alfred Schirokauer.

Copyright by Greiner u. Comp., Berlin W 30.
Nachdruck und Uebersetzungsrecht in fremde Sprachen vorbehalten.

24] (Nachdruck verboten.)

Bisweilen lockte ihn das Meer. Dann kletterte er von Klippe zu Klippe, weit hinaus, warf die Kleider ab und stürzte sich in die Fluten. Allmählich war es ihm ein spannendes Spiel, in der wilden Strömung hier draußen seine Kraft zu erproben. Oft war es ein hartes Ringen.

Eines Tages peitschte der Sturm die Wogen. Er wußte, es war eine Versuchung. Er wußte, es war ein Spiel mit dem Tode. Doch er schwamm hinaus.

Ein Wunder brachte ihn zurück. Seine Hände waren blutig geschunden, so hart war die Brandung, wenn die Wogen ihn gegen die Klippen schleuderten.

Als er das Plateau der Insel wieder erklommen hatte, wanderte er dem Winde entgegen. Da sah er ein Mädchen auf einsamer Höhe der Düne kauern und in das Meer hinausstarren. Der Sturm bewegte heftig die Flügel ihrer Haube. In dieser Einsamkeit war es wie ein Flattern voll unendlicher Traurigkeit.

Dicht an ihr kam er vorüber.

Da wandte sie den Kopf und blickte ihn an. Unwillkürlich griff er vor diesem Blick nach der Mütze. Erst jetzt bemerkte er, daß sie ihm beim Klettern vom Kopf gefallen war und irgendwo weit draußen im Strome trieb. Schnell bückte er weiter und wagte lange Zeit nicht, derb auszutreten. Nie hatte er in menschlichen Augen solche heilige Verklärung der Freude leuchten sehen.

Seltsame Augen, grübelte er, seltsame grüne Augen. Er blieb stehen und nickte mehrmals vor sich hin.

„Ja, so sind sie. Wie das Licht einer Lampe, das frommen unter einem Heiligenbilde brennt."

Sinnend schritt er weiter. Ja, so sind sie. Und da dehnte das spannende Staunen ihm die Brust, das ihm einst die Tränen in die Augen getrieben hatte beim ersten Aufsaugen einer schöpferischen Idee.

So hatte ihm das Herz gerast an jenem feuchten Sommerabend, als der Plan zu seinem „Frühlingsahnen" in ihm aufgeblüht war.

Wieder blieb er stehen und preßte die zerrissenen Finger wie Eisenklammern in die Schläfen. Sollte, sollte — „Das war doch wie eine Ballade dieses einsame Mädchen im Sturme auf der Klippe, oder wie eine schwermütige, dämmrige Novelle —." Er eilte vorwärts.

„Die heilige Lampe" müßte es heißen. Ein Schiffer fährt hinaus in die See und kehrt nicht wieder. Aber sein Mädchen lauert dort oben auf dem Felsen und blickt nach ihm aus mit ihren grünen Augen und vergißt Zeit und Leben und Jugend. Denn ihre heilige Liebe weiß, daß er heimkehren wird, einmal, einmal.

Völk fieberte. Die Leute blickten ihm neugierig nach, als er mit wehenden, zerfetzten Kleidern die Dorfstraße hinaufstürmte.

Durch den Eingang in der Mitte zwischen Kneipe und Laden hastete er ins Haus.

Ehe er in sein Zimmer trat, rief er laut: „Hallo." Dann schloß er die Tür und kleidete sich um. Da fragte draußen Evangelines metallische Altstimme, was der Herr wünsche.

„Mein Frühstück," kam die Antwort, „und ein tüchtiges Stück Schinken oder Rauchfleisch dazu oder was Ihr sonst habt."

„Sofort," rief Evangeline und lief verwundert zur Küche. Die Stimme des „Millionärs" hatte heute so ganz anders geklungen als ehedem, so frisch und munter.

Völk beendete just seine Toilette, als es wieder klopfte.

Mit reichbeladenem Tablett trat Evangeline ein. Da betrachtete sie neugierig den Mann zum ersten Male und lächelte. Während er zugriff, scherzte er in Erinnerung an die einsamen grünen Augen draußen auf der Klippe. „Auf Manholm scheint die Schönheit wild zu wachsen."

Sie lachte kokett und zeigte die schimmernden Zähne und erwiderte: „Das hat auch Ihr Herr Bruder gesagt."

„So, hat er das?" rief Völk. „Glaube ich wohl, war immer ein großer Damenfreund, der liebe Victor."

Jetzt errötete Evangeline. Denn sie dachte an den lauen Sommerabend in den Dünen.

Munter kauend plauderte Völk. „Sagen Sie mal — wie heißen Sie doch, Fräulein Eriksson?"

„Evangeline," half sie aus und machte einen kleinen Knicks.

„Evangeline? Sehr hübscher Name und würdig seiner Trägerin."

Sie lächelte geschmeichelt. „Ich bin auch stolz auf meinen Namen, er hat so was Apartes."

„Hallo," rief er, „Sie sprechen ja so europäisch."

„Bin auch", erklärte sie stolz, „in Geestemünde in Pension gewesen."

„Aha," begriff er, „sahen mir doch gleich, als ob ich den Hauch der großen Welt an Ihnen spüre."

Da bemerkte sie, daß er graue Wildlederhandschuhe an den Händen trug.

Wie vornehm er ist, dachte sie, er ist in Handschuhen. In Wahrheit aber hatte Völk keinen rechten Verband für seine wunden Hände gefunden.

Er knüpfte den Faden des Gesprächs wieder an.

„Nun sagen Sie mir mal, Fräulein Evangeline, ich trat vorhin dort oben in den Westklippen ein Mädchen mit eigentümlich grünen Augen — —"

„Die Brigitte Barsen," erriet sie sofort. Und während Völk seinen Seehunger stillte, berichtete sie Brigitte Barsens Geschichte.

„Und niemals darf er zurückkehren," schloß sie ihre Erzählung, „denn keiner würde ihn ansehen, er ist ein geächteter Mann."

Völk hob den Kopf. „Ein Geächteter?" — er lächelte leise. „Richtig, ich vergaß, Geestemünde."

„Ja," wiederholte sie mit ihren harten blauen Augen, „ein geächteter Mann, und das geschieht ihm recht."

„Aber", wandte Völk ein, „ich finde sein Schicksal tragisch. Er hat es doch aus Liebe getan."

„Es brauchte nicht so tragisch zu werden," rief sie heftig, und das blonde Haar knisterte unter der Haube.

„Brauchte nicht. Wer will der Liebe gebieten?"

„Es waren andere da, die er trotz seiner Armut haben konnte."

Völk beugte den Kopf über den Teller und zerteilte seine letzte Schinkenscheibe. Er wußte plötzlich, wer „die anderen" waren.

„Ja," lächelte er still vor sich hin, „die Wege der Neigungen sind rätselhaft. Da hängt einer sein Leben an ein paar schillernde grüne Augen, zu denen der Weg durch Schande und Ehrlosigkeit führt, und dann ist es ganz gleich, Fräulein Evangeline" — er sah ihr klar ins Gesicht — „ob nicht daneben in einem offenen Rosenhag ein blitzsauberes, schönes Geschöpf steht."

Sie verstand, und das Blut stiedete ihr in die Stirn.

„Ich mag ihn nicht mehr, Herr." begehrte sie heftig auf, „nicht ansehen würde ich ihn mehr, wenn er wiederkäme."

„Desto besser," begütigte Völk. „Und nun, Fräulein Evangeline, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir noch etwas Essbares holten, ich habe heute ein Loch im Magen."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250827-13/fragment/page=0002

rief Dißmann der englischen Delegation mit dem Hinweis zu, daß es in Deutschland an ähnlichen Versuchen nicht fehlt. Er schloß mit der unter lebhaftem Beifall aufgenommenen Erklärung, daß die deutschen Arbeiter die ausländischen Kollegen immer, wo es auch sei, ähnlich wie es jetzt in Belgien geschieht, moralisch und finanziell unterstützen werden.

Vorher hatte der Präsident des Kongresses, Vandervelde, den Antrag gestellt, den Zusatzantrag des englischen Delegierten Dollan, der übrigens als Schottländer Abgeordneter der Arbeiterpartei im Unterhause ist, in die Erste Kommission zurückzuverweisen, und die deutschen Delegierten konnten sich diesem Vorschlag ohne weiteres anschließen, da die von Dollan aufgeworfenen Fragen rein politischer Natur waren und deshalb getrennt von den wirtschaftlichen Fragen zu behandeln sind. Die englische Delegation widersetzte sich jedoch anfangs dem Vorschlag des Vorsitzenden, und erst als Genosse Broudere nochmals an die Einmütigkeit appellierte, erklärte sich die englische Delegation nach einer internen Aussprache bereit, sich mit der Zurückverweisung an die Kommission einverstanden zu erklären.

Die Entschließung über die Arbeitslosenfrage wurde dann einstimmig angenommen.

Anschließend folgte ein Bericht der Genossin Adelheid Popp über das Ergebnis der Frauenkonferenz, deren Entschließung u. a. die Bildung eines Frauenkomitees beim Sekretariat der Internationale vorsieht. Der Kongreß erklärte sich auch mit dieser Resolution einverstanden. Den Schluß der Mittwochsitzung bildete eine kurze Debatte über die Alkoholfrage. Die hierzu vorgesehene Entschließung fordert im wesentlichen gesetzgeberische Maßnahmen für die Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs. Die dänische Delegation wandte ein, daß die Internationale mit der Annahme dieser Entschließung den Gegnern der Arbeiterschaft Wasser auf ihre Mühlen liefere, denn sie behaupteten, daß viele Arbeiterhirne durch den Alkohol zerstört würden, und beantragte deshalb Ueberweisung der Resolution an das Exekutivkomitee, ein Antrag, der mit großer Mehrheit angenommen wurde. Eine andere Entschließung der Sechsten Kommission zugunsten einer unmittelbaren Aktion der Arbeiterschaft für nachdrückliche Bekämpfung der Tuberkulose, die Genosse Itschgoyen begründete, fand einmütige Annahme.

Amnestie-Sabotage.

Ein sozialdemokratischer Amnestieentwurf.

Weimar, 27. August. (Eig. Drahtbericht.)

Obwohl die sozialdemokratische Fraktion des Thüringischen Landtags bereits am 25. März einen Entwurf eines Amnestiegesetzes einbrachte, hat die thüringische Regierung noch nichts über ihre Amnestieabsichten verlauten l[illegible]en. Damals erklärten die bürgerlichen Parteien, sich ihre Stellungnahme vorbehalten zu müssen. Das haben sie bis heute getan. Trotz Drängens der sozialdemokratischen Fraktion konnte sich der Gesetzgebungsausschuß nicht dazu entschließen, sich mit der Amnestie zu befassen. Die sozialdemokratische Fraktion hat deshalb jetzt den Antrag auf sofortige Einberufung des Landtags gestellt. Da auch die Kommunisten für diesen Antrag eintreten werden, wird der Landtag in kürzester Zeit zusammentreten müssen. In dem sozialdemokratischen Amnestieentwurf wird Straffreiheit gefordert für Straftaten, die im Zusammenhang mit den durch die Inflation oder durch die Lebensmittelknappheit hervorgerufenen Unruhen oder durch das Einrücken der Reichswehr in Thüringen begangen worden sind, oder zwecks Abwehr monarchistischer Bestrebungen oder bei Kundgebungen für die republikanische Staatsform oder im Kampf um die Lohn- und Preisgestaltung.

München, 27. August. (Eig. Drahtbericht.)

Im Anschluß an die Reichsamnestie für politische Vergehen beabsichtigt auch die bayerische Regierung einen „Gnadenerlaß“, durch den die der Reichsamnestie entsprechenden, von bayerischen Landesgerichten verhängten Strafen amnestiert werden sollen. Da dieser Erlaß jedoch der Mitwirkung des zurzeit nicht versammelten Landtags bedarf, wird die Regierung vorläufig Einzelbegnadigungen vornehmen. Die „Augsburger Post“, das Organ der Bayerischen Volkspartei, deutet an, daß auf diese Weise die Begnadigung nach Ermessen der Regierung auch auf solche Fälle ausgedehnt werden könne, die in der Reichsamnestie keine Berücksichtigung gefunden hätten. In Betracht kämen dabei vor allem die Verurteilten des Hitler-Prozesses und seiner Nebenprozesse.

Legionär-Schicksal.

Ein empörendes „Landesverrats“-Urteil.

Leipzig, 27. August. (Eig. Drahtbericht.)

Ein interessanter Landesverrats-Prozeß begann am Mittwoch vor dem vierten Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig. Es hatte sich der Bauschlosser Franz Hecht aus Straubing in Bayern wegen Verbrechens nach § 88 des Strafgesetzbuches zu verantworten. Hecht war im Jahre 1913 in die Fremdenlegion eingetreten und wurde während des Krieges in Marokko zur Niederhaltung der aufständischen Eingeborenen verwendet. Gegen seine eigenen Landsleute hat er nicht gekämpft. Als der Krieg ausbrach, konnte er seiner Dienstpflicht in Deutschland nicht nachkommen, da jede Flucht aus der Fremdenlegion mit dem Tode bestraft worden wäre. Im Jahre 1918 wurde er mit mehreren Fremdenlegionären in das Konzentrationslager nach Frankreich zurückgebracht. Infolge der Qualen, die Hecht auszustehen hatte, war es ihm jedoch unmöglich, bis Kriegsende dort zu verbleiben, und er ging freiwillig nach Afrika zurück. Nach Kriegsende wurde er aus der Fremdenlegion entlassen und kehrte nach Deutschland zurück. Da er jedoch keine Arbeit fand, trat er wieder in die Fremdenlegion ein. Im Jahre 1924 wurde er wegen Krankheit mit Rente entlassen und im Jahre 1925 wegen Landesverrats verhaftet. Der Angeklagte schilderte in kurzen Zügen seine Leidensgeschichte, woraus hervorgeht, daß es ihm gar nicht möglich war, bei Kriegsbeginn nach Deutschland zurückzukehren und seiner Dienstpflicht zu genügen. Wenn er 1918 nicht in dem Konzentrationslager in Frankreich blieb, so nur deswegen, weil er hier viel qualvoller behandelt wurde, als in Afrika.

Der Reichsanwalt plädierte für Bestrafung. Der Angeklagte hätte im Konzentrationslager in Frankreich bleiben und nicht wieder freiwillig ins Kampfgebiet gehen sollen. Er beantragte deshalb fünf Jahre Festungshaft. Das Gericht verurteilte Hecht tatsächlich wegen Landesverrats zu der ungeheuren Strafe von fünf Jahren Festungshaft. Dieses Urteil gegenüber einem Menschen, der jahrelang die Qualen der Fremdenlegion durchgekostet hatte und nach sieben Jahren in die Heimat zurückkehrte, rief im Zuhörerraum große Empörung hervor.

*

Das Urteil des Reichsgerichts spottet jedem menschlichen Empfinden und ist ein Schlag ins Gesicht des gesunden Menschenverstandes. Die Urteilsfindung des Reichsgerichts mit seinen Konstruktionen von „Landesverrat“, wie sie sich in jüngster Zeit häufen, kann bei dem weitaus größten Teil des deutschen Volkes nur noch Kopfschütteln und erbitterte Empörung auslösen und muß die oberste Rechtsbehörde des Reiches um jedes Ansehen bringen. Auch das Reichsgericht kann sich auf diese Weise unmöglich machen. Es wird Zeit, daß endlich einmal bei dem Herrn Reichsanwalt für Wandel gesorgt wird.

Kommunalanleihe in Amerika. Nach Meldungen aus Kassel beabsichtigt die Stadt, einen amerikanischen Kredit in Höhe von 7¾ Millionen Mark aufzunehmen. Dagegen wird aus Kreisen der Deutschen Rentenbank mitgeteilt, daß die Verhandlungen über den landwirtschaftlichen Dollarkredit auf Schwierigkeiten gestoßen sind. Inwieweit es sich hier um eine Tendenzmeldung handelt, um die Position der Landwirtschaft in Angelegenheit der Finanzierung der Ernte zu bessern, muß abgewartet werden.

Aus aller Welt.

Neue Unwetterkatastrophen.

In der Nacht auf Mittwoch ging über Böhmen eine neue Wetterkatastrophe nieder, die besonders im Budweiser Gebiet und in der Umgegend von Aussig großen Schaden anrichtete. Schwere Wolkenbrüche verwüsteten weite Strecken. Einige Dörfer der Umgegend von Budweis sind von der Stadt abgeschnitten. Bei Aussig wurde die Strecke Bodenbach—Prag unter Wasser gesetzt, so daß der Zugverkehr unterbrochen werden mußte.

In der Nähe von Hanau tobte ein orkanartiger Wirbelsturm, der teilweise sehr großen Schaden anrichtete. Obstbäume entwurzelte und Ziegel von den Dächern herunterriß. In Lahrbach in der Rhön hat der Blitzschlag eine Scheune in Brand gesetzt. Das Feuer griff sehr rasch um sich. Es wurden acht Wohnhäuser, eine ganze Reihe von Stallungen und Scheunen dadurch vernichtet. Der Schaden ist sehr erheblich, da der größte Teil der Ernte bereits eingebracht war.

Vier Personen vom Blitz erschlagen.

Bei einem über Hamborn niedergegangenen Gewitter wurden zwei Männer und zwei Frauen, die mit Kartoffelausheben beschäftigt waren, vom Blitz erschlagen. Das Gewitter richtete auch schweren Schaden an Gebäuden an.

Zehn Opfer eines Höhlenunglücks.

Acht Mitglieder des Julischen Alpenklubs und zwei Führer, die sie begleiteten, wurden von einem Wasserstrudel erfaßt und stürzten in eine Höhle bei Piguente hinunter. Die Führer waren auf der Stelle tot. Die acht Touristen sollen noch am Leben sein, sie antworteten auf die Rufe und Zeichen der Hilfskolonne, die am Rettungswerk arbeitet. Der Unfall soll sich infolge eines Erdrutsches am Eingang der Höhle ereignet haben, der durch ein Gewitter verursacht wurde.

Eine „bubige“ Geschichte.

Von Zeit zu Zeit tauchen in der deutschen Sprachwelt neue Wortschöpfungen auf, die zumeist einer gewissen Groteske nicht entbehren. Erinnert sei nur an das schöne Wort „Verreichlichung“. Jetzt aber hat der ehrenwerte und tugendsame Jesuitenpater Manuwald aus Isarathen anscheinend den Vogel abgeschossen, denn er meinte auf dem Deutschen Katholikentag in Stuttgart, daß „der Vermädelung unserer Buben und (o Schreck laß nach!) der — Verbubung unserer Mädchen“ entgegengewirkt werden müßte. Ein Beginnen, dessen Aussichten sehr „bubig“ sein dürften.

Eine Stadt, die zu versinken droht.

Seit fünf Jahren ist man emsig damit beschäftigt, das ganze Zentrum der im Westen von England gelegenen Stadt Northwich durch Kräne zu heben. Die Arbeiten haben auch das Ergebnis gehabt, daß der ausgedehnte Stadtteil, bestehend aus der City mit 200 Häusern und Läden, durch Riesenkräne um zwei Meter höher gehoben wurde, und daß die freigelegten Fundamente durch Stein und Erdreich ausgefüllt werden konnten. Die ganze Sache wurde mit so peinlicher Sorgfalt ausgeführt, daß beispielsweise in einer Apotheke während der Arbeiten auch nicht eine Flasche vom Regal genommen zu werden brauchte. Das Riesenwerk war notwendig, um den Stadtteil, der sich immer tiefer senkte, vor dem Verschwinden in die Tiefe zu retten.

Flugzeugabsturz. Nach einer Havas-Meldung aus London ist ein von Frankreich kommendes, mit Passagieren besetztes englisches Militärflugzeug einige Meilen von Deal in den Kanal gestürzt. Die zwei Mann der Besatzung sind gerettet.

Großfeuer auf einem Pommerschen Rittergut. Auf dem Rittergute Loist, Besitzer von Massow, brannten in der Nacht zum Mittwoch ein großer Viehstall und eine Scheune nieder. 96 Rinder und zehn Schweine sowie die Gerstenernte von etwa 800 Morgen Land wurden ein Raub der Flammen.

Hinrichtung. Der Arbeiter Franz Masuch, der am 4. November 1924 den Revierförster Bohl (Bothwald) ermordet hatte, ist Mittwoch früh in Allenstein durch den Scharfrichter Gröpler aus Magdeburg hingerichtet worden.

Ruhrerkrankungen. Unter den Bewohnern der alten Kolonie Neukirchen (Kreis Moers) ist eine Ruhrepidemie ausgebrochen. Zehn Personen mußten ins Krankenhaus gebracht werden, ein Kind ist der Krankheit bereits erlegen. Die Seuche droht ernstlichen Charakter anzunehmen.

Eine Strafe für rücksichtslose Automobilisten. Dem „Neuyork Herald“ wird aus Indianapolis gemeldet: Um die Zahl der Tötungen durch Automobile herabzudrücken, haben die hiesigen Behörden ihre Zuflucht zu einem Plan genommen, mittels dessen sie hoffen, diejenigen, die für solche Tötungen die Verantwortung tragen, den Rest ihres Lebens von der Erinnerung quälen zu lassen. Es wurde eine Verordnung bekanntgegeben, wonach rücksichtslose Autofahrer, die in Indianapolis Fußgänger töten, gezwungen werden, eine Stunde lang ganz allein bei der Leiche des Opfers im Leichenschauhaus zu verbringen. Es wird erwartet, daß die Aussicht auf diese zwangsweise Leichenwache in Verbindung mit dem Bewußtsein, daß der aufgebahrte Mensch noch am Leben wäre, wenn ihn nicht die rücksichtslose Fahrt des Automobilisten auf die Bahre gebracht hätte, eine in die Augen springende Wirkung auf das Rasen der Automobilisten ausüben werde.

Folgen der Autoraserei. Das Auto des Fabrikanten Alfred Ertel aus Plauen durchbrach das Brückengeländer bei Oberreichenau, rollte die Böschung hinab in das Flußbett des Lobsbaches und überschlug sich. Der Stickmaschinenbesitzer Böhm wurde schwer verletzt ins Krankenhaus nach Plauen gebracht.

70jährige Drillinge. Daß Drillinge ihren 70. Geburtstag in voller geistiger und körperlicher Frische feiern können, dürfte immerhin nicht allzuoft vorkommen. In der schwedischen Stadt Linköping ereignete sich dieser Fall, indem drei Schwestern, Frau Augusta Johannsson, Frau Sofia Nilsson und Frau Charlotte Lindblad, die Drillingsschwestern sind, das 70. Lebensjahr vollendeten.

Die Leopardenjagd in Paris. Der entsprungene Leopard, der tagelang die Stadt beunruhigte, ist durch Gendarmen getötet worden. Zu seinem Erstaunen bemerkte ein Pariser Bürger am frühen Morgen um 7 Uhr, als er das Fenster des Badezimmers öffnete, im Garten den Leoparden, der vergnügt im Sande spielte und sich in der Sonne putzte. Er benachrichtigte die Polizei. Die Gendarmen eröffneten ein regelrechtes Gewehrfeuer. Ganz zum Schluß gab ihm noch einer den Rest mit dem Gewehrkolben.

Ein Schatz im Wert von drei Millionen Mark gehoben. Wie aus Neuyork gemeldet wird, wurden unter den Trümmern einer verfallenen Kapelle in der Nähe der mexikanischen Stadt Sono von einem Amerikaner mehrere Fässer mit Goldmünzen aus dem Jahre 1700 und zehn massive Silberbarren gefunden. Der Amerikaner hatte an dieser Stelle Ausgrabungen vorgenommen, und zwar auf Grund von Angaben, die ihm von einer Amerikanerin gemacht worden waren, in deren Besitz sich Familienpapiere befinden, die die Stelle genau bezeichnen, wo der Schatz vergraben sein sollte. Der kostbare Fund wird auf einen Wert von 750 000 Dollars berechnet.

Stahlhelm-Pastoren provozieren das Ausland.

Die Stockholmer Kirchenkonferenz gegen den Krieg.

In Stockholm tagt gegenwärtig eine internationale Kirchenkonferenz, die einen Versuch darstellt, alle Kirchen der Welt zu einer Einheit zusammenzufassen, also eine christliche Internationale zu bilden. Dieses Beginnen könnte man nur begrüßen, da es der Stellung des Christentums, wenn es im Sinne seines Stifters aufgefaßt wird, durchaus entspricht. Das ist auch die Meinung des gesamten Auslandes. Anders die Ansicht der deutschen Kirchen (außer der katholischen, die in Stockholm nicht vertreten ist). Sind sie schon mit gemischten Gefühlen nach Stockholm gegangen, um sich mit den „Feinden“ an einen Tisch zu setzen, so setzten sie sich zu der Meinung der gesamten Welt in direkten Widerspruch, als der Kongreß die Kriegsfrage behandelte. Während die Ausländer, besonders die Amerikaner und Engländer, sich in der schärfsten Weise gegen den Krieg wandten und mit warmen Worten für den Völkerbund eintraten, blieb es den deutschen Vertretern vorbehalten, zu erklären, daß „der Krieg seine eigenen Gesetze habe und der Völkerbund religiös irrelevant (unerheblich) sei“ und daß eine Abstimmung über diese Frage „unzweckmäßig“ sei. Dieses Verhalten der Deutschen wirkte auf die Konferenz wie ein Schlag ins Gesicht. Es zeigt, daß die deutschen evangelischen Kirchen sich restlos dem Militarismus verschrieben haben und dadurch zum Verräter an ihren eigenen Grundsätzen geworden sind. Die Folge muß sein, daß ein ehrlicher Mensch diesen Kirchen nicht mehr angehören kann. Das Verhalten der deutschen Kirchenvertreter ist aber auch insofern sehr bedenklich, als hinter ihnen die deutsche Reichsregierung steht — Dr. Luther hat auf der Kirchenkonferenz eine Rede verlesen lassen —, und die Haltung der Kirchenvertreter dem Ausland Rückschlüsse auf die jetzige deutsche Reichspolitik zuläßt.

Trotz der ablehnenden Haltung Deutschlands nahm der Stockholmer Kongreß folgende Entschließung an: „Der Krieg als Mittel zur Lösung internationaler Streitigkeiten durch physische, mit Heimtücke und Lüge sich verbindende Gewalt ist unvereinbar mit der Gesinnung und dem Verhalten der Kirche Christi. Der Krieg, so aufgefaßt, ist Mißbrauch, nicht guter Gebrauch der Gewalt, weil er die Vollmacht, über sittliche Werte autoritativ zu entscheiden, einer Instanz zuweist, die dafür unzuständig ist: der Gewalt. Als Angreifer in einem Krieg ist dasjenige Volk anzusehen, das eine Entscheidung durch Schiedsspruch ablehnt oder die sonstigen durch Gesetz und Ordnung in Betracht kommenden Schritte unterläßt. Es ist die Pflicht der Kirchen, das ganze Gewicht ihres Einflusses in der Richtung auf eine brüderliche Organisation der Völker geltend zu machen. Mit keinem der vorstehenden Sätze soll das jedem Volke angeborene Recht auf Selbstverteidigung gegen Angriff oder Unterdrückung angetastet werden.“

Völkische Strauchräuber.

In Bochum kam es am Dienstag und Mittwoch zu schweren Zusammenstößen zwischen Reichsbannerleuten und Angehörigen von rechtsstehenden Organisationen. Am Montag überfielen Mitglieder des Stahlhelms einen Reichsbannermann, der in hoffnungslosem Zustand in das Krankenhaus eingeliefert wurde. Am Dienstagabend traf am Eingang des Stadtparkes eine kleine Anzahl von Reichsbannerleuten auf Angehörige von rechtsstehenden Organisationen, die in fünf Lastkraftwagen von Essen und Gelsenkirchen nach Bochum gekommen waren, und die auf die fliehenden Reichsbannerleute mit Revolvern zu schießen begannen. Während sich drei Autos nach dem Schießen nach außerhalb der Stadt davonmachten, fuhren zwei davon in die Stadt, wo sie von der Polizei aufgehalten wurden. Es wurde eine Durchsuchung der Autos vorgenommen, die sechs Revolver, Munition, zwei Totschläger und vier Gummischläuche zutage förderte.

Hindenburg geht zu Ludendorff.

Hindenburg wird am nächsten Freitag, wie der „Völkische Beobachter“ zu berichten weiß, Ludendorff in seiner Villa in Ludwigshöhe bei München besuchen. Aus diesem Anlaß sollen auch noch einige „Kriegsgefährten“ als Gäste geladen werden. Hindenburg hat während seines Aufenthaltes in Bayern außer dem früheren Kronprinzen Rupprecht auch dem Prinzen Leopold einen Besuch abgestattet. — Ob Paul und Erich wohl Bruderküsse austauschen?

Das Zechenlegen geht weiter.

Dortmund, 26. August. (Eig. Drahtbericht.)

Am 1. September gelangen im Hörder Revier abermals gegen 2700 Bergarbeiter zur Entlassung, und zwar von den Zechen „Kaiser Friedrich“ und „Glückauf-Segen“ je über 1300 Mann. Am 1. Oktober wird die Zeche „Glückauf-Tiefbau“ mit 1300 Mann stillgelegt. Inzwischen gelangen staffelweise größere Teile der Belegschaft der Zeche „Tremonia“ zur Entlassung, so daß im Oktober die Zahl der im Hörder Revier beschäftigten Bergarbeiter von 17 500 am 1. April 1922 eine Verminderung auf 2000 erfahren haben wird.

Eschweiler, 27. August. (WTB.)

Der zum Eschweiler Bergwerksverein gehörige Stahl- und Hüttenbetrieb Eschweiler suchte beim Demobilmachungskommissar um Betriebsstillegung nach.

Feldmarschall Hoetzendorf gestorben.

In Mergentheim ist der ehemalige österreichisch-ungarische Feldmarschall Konrad Hoetzendorff im 73. Lebensjahr gestorben. Er war ein Liebling Franz Ferdinands, der ihn auch zum Generalstabschef gemacht hatte. Seine Heerführung im Krieg hat später scharfe Kritik erfahren. Seit dem Zusammenbruch, der ihn auch persönlich schwer traf, da ihn das arme Deutschösterreich lange nicht einmal eine auskömmliche Pension bezahlen konnte, war er ein stiller Mann und hat nie gegen die vom Volk gewollte Staatsform gehetzt, auch nie bewaffnete Geheimarmeen zum Umsturz der Republik aufgestellt, wie gewisse seiner reichsdeutschen „Kameraden“, die von der Republik fette Goldmarkpensionen beziehen und sie dafür beschimpfen und umzustürzen versuchen.

Die Miete auf 100 Prozent festgesetzt. Der Senat der Freien Stadt Lübeck hat als erstes deutsches Land die Miete ab 1. September auf 100 Prozent Friedensmiete festgesetzt. Das ist die Quittung dafür, daß die Lübecker Bevölkerung dem Bürgerblock bei den letzten Gemeindewahlen zu einer Mehrheit verholfen hat.

Schachts Amerikareise. Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat die Absicht, gelegentlich den Besuch des Gouverneurs des amerikanischen Federal Reserve Board von Neuyork zu erwidern. Die Reise nach Amerika, deren Zeitpunkt noch nicht feststeht, steht in keinerlei Zusammenhang mit dem Dawes-Plan, der Stinnes-Affäre oder irgendwelchen Kreditverhandlungen.

Kommunistenverhaftungen in Warschau. Die Polizei verhaftete unter sensationellen Begleitumständen eine Propagandakommission jugendlicher Kommunisten, die eine Beratung in einem großen Boote auf der Weichsel abhielten. Als die Teilnehmer der nächtlichen Zusammenkunft an Land gingen, wurden alle, 28 an der Zahl, von der Polizei verhaftet.

Blutige Zwischenfälle in Schanghai. Vor der Polizeistation wurde von der Menge eine Kundgebung für die Freilassung von vier Arbeitern veranstaltet, die verhaftet worden waren. Die Polizei gab zunächst blinde Schüsse ab und feuerte dann auf die Menge, wobei zwei Personen getötet und mehrere verwundet wurden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250827-13/fragment/page=0003

Vereins-Kalender

der SPD.,

der freien Gewerkschaften, Geselligen Vereine sowie der sozialistischen Frauen-Zusammenkünfte im Bezirk Halle-Merseburg.

Sekretariat der SPD Halle (Saale), Harz 42/44 Hofgebäude, 2 Treppen. — Fernruf 1029. (Ortsbureau daselbst (Fernruf 1029).

Halle.

Arbeiterwohlfahrt (Kindergruppe) Heute, Donnerstag, den 27. August, nachm. 1/2 6 Uhr, im „Volkspark": Große Probe. Alles zur Stelle

Frauenausschuß. Nächste Zusammenkunft Donnerstag, den 27. August 1925. Beginn 8 Uhr. Alle Genossinnen sind freundlichst dazu eingeladen

SPD. Heute abend pünktlich 1/2 8 Uhr: Funktionärsitzung. Es ist unbedingte Pflicht eines jeden Funktionärs pünktlich zu erscheinen. Trotz der Antirisiko-Kundgebung findet unser Vortrag vom Gen. Tümmel über Bebel am Freitag doch statt.

Freier Sängerchor Halle

Freitag abend pünktlich 8/8 Uhr treffen wir uns im Konzertsaal des „Zoologischen Gartens" zwecks Mitwirkung bei der Veranstaltung des Reichsbanners. Es wird im Interesse der guten Sache erwartet, daß alle Sänger vollzählig erscheinen.

Aus dem Bezirk.

Ammendorf. **Wasserfahrt-Verein 23.** Sonnabend, den 29 und Sonntag, den 30. August Kreisregatta in Magdeburg. Alle Mitglieder und Mensahmer, die mit nach Magdeburg fahren, treffen sich Sonnabend früh 1/2 6 Uhr bei Frikert und fahren ab Ammendorf 5.53 Uhr. Die anderen Mitglieder, die nicht mit fahren, machen eine Ausfahrt nach Löpzig.

Diben. Sonnabend, den 29. August, abends 8 Uhr im Restaurant Albrecht: Mitgliederversammlung. Vollzähliges Erscheinen mit Frauen wird erwartet. SPD.-Wähler können eingeführt werden.

Eisleben. **Frauengruppe.** Freitag, den 28. August, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten" Vortragsabend. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Eingeführte Gäste willkommen

Reichs-Banner Schwarz-Rot-Gold

(Bund der republik. Kriegsteilnehmer)

Ortsgruppe Halle. Jeden Montag abend 8 bis 10 Uhr, Geschäftsstelle, Harz 42/44, Zimmer 36: Kassierung der fälligen Kleidergelder.

— Sonntag, den 30. August: Freiwillige Fahrt nach Aschersleben. Abfahrt 7.15 Uhr Die Bezirke stehen 7.15 Uhr Bahnhofsvorplatz.

— **Bezirk 5.** Sämtliche uniformierten Kameraden treffen sich Freitag den 28. August, abends 7 Uhr, am Thielenplatz zur Abholung des Postsendeers Lange Bezirksfahne zur Stelle

Ortsgruppe Wolfen-Greppin. Donnerstag, den 27. August, abds. 1/2 8 Uhr, bei Kitzing: Außerordentliche Mitgliederversammlung. Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht, auch die Greppiner müssen zur Stelle sein.

WALHALLA
Direktion: Adolf Vogel
Telephon 8385

Anhaltende
Beifallsstürme
erzielt allabendlich
SYLVESTER
SCHÄFFER
Endlose
Lachstürme
der kolossale 5749
Variété-Teil
Anf. 7 3/4 Uhr. Gewöhnl. Preise!
Vorverkauf ab 11 Uhr
an der Kasse ununterbrochen
Sylvester Schäffer
sowie die gesamt. übr. Kunstkräfte
unwiderruflich nur b. 31. August

Von der Reise zurück
Zahnarzt Dr. Burckhardt
Große Steinstraße 12

Zentralbibliothek Halle
Burgstraße 27 (Volkspark).
Geöffnet Dienstag u. Donnerstag abends 6 bis 8 Uhr. — Bücherverzeichnisse zu haben in der Volksbuchhdl., Harz 42/44

Mit 3 Mk. Anzahlung
ein Kleid
und günstiger Teilzahlung erhalten Sie aus reicher Auswahl sofort ausgehändigt.
Wäsche- u. Konfektions-Vertrieb
Gr. Ulrichstrasse 4-5, I. Etage
(gegenüber der Nordseefischhalle)
5763

C.T
Am Riebeckplatz **Gr. Ulrichstraße 51**

Wir warten ab heute Donnerstag in unseren beiden Theatern mit zwei Spielplänen auf,
von denen bald ganz Halle mit Freuden sprechen wird

Asta Nielsen
die prominenteste Darstellerin der ganzen Welt, meistert die Hauptrolle in dem berühmten Roman von Olga Wohlbrück der Berliner Illustrierten Zeitung:
Athleten!
Spannend und packend zugleich, reizend in seiner Aufmachung, ist dieser Film von Schönheit, wie er selten gezeigt wurde!
Im bunten Teil:
Brownie auf dem Maskenball!
2 Akte köstlichen Humors mit dem Wunderhund „Brownie" in der Hauptrolle.
Illustrierte Trianon-Ausland-Woche!
Aktuelle Berichterstattung über die neuesten Weltereignisse.
Auf der Bühne:
Max Lange, der berühmte Humorist
Anny Forstmann und Partner
„Die Einzige".

Lotte Neumann
der Liebling aller, der Anspruchslosen und der Verfeinerten; weil ihr Herz es versteht, zum Herzen jedes einzelnen zu sprechen. —
Die blaue Adria
und ihre sonnenüberfluteten Gestade, Venedig im Glanze seiner stolzen Paläste, im Schmuck seiner gondelübersäten Wasserstraßen, geben den Rahmen für den
Roman der Lilian Hawley
der Geschichte einer Frau, die an der Liebe zu ihr. Schwester u. deren Geliebtenzerbricht.
Der auserlesene Spielplan enthält ferner einen **urdeutschen Volksfilm** im wahrsten Sinne des Wortes:
Aus der Jugendzeit klingt ein Lied ....
7 humorvoll ernste Akte.
5756
Die große Modeschau (in Naturfarben)

Molkerei-Butter
1 Stück
110
Pfennig.

Das Feinste was es überhaupt nur geben kann
Mokka-Butter
1 Stück
115
Pfennig.

In Schweine-
Fleisch
ohne Knochen
1 Pfund
100
Pfennig.
Albert
Knäusel

Mit Mark 2,50
Anzahlung erhalten Sie
Regen-Mäntel
verschiedener Art bei günstiger Teilzahlung sofort ausgehändigt.
Wäsche- u. Konfektions-Vertrieb
Gr. Ulrichstrasse 4, I. Etage.
5763

Nur 4 Tage
Der Circus für jedermann
Halle (Saale)
Roßplatz
Fernsprecher 8210
Riesen-Circus Straßburger
Eröffnung Freitag
28. Aug.
Vorverkauf:
Zigarrenhaus M. Schulz
Große Steinstr. 1-2

Billige Tage
in 5761
Herren-Bekleidung!

Herren-Anzüge	in allen Formen und Mustern	von 24,— an
Herren-Anzüge	Ersatz für Maß	von 45,— an
Burschen-Anzüge	schöne helle Muster	von 19,50 an
Herbst-Mäntel	in Covercoat oder Gabardine . . .	von 36,50 an
Gummi-Mäntel	haltbare Qualitäten	von 16,50 an
Knaben-Anzüge	haltbare Qualitäten mod. Formen .	von 5,75 an
Herren-Hosen	gemusterte und gestreifte Stoffe	von 4,95 an
Windjacken	imprägniert	von 9,75 an

System Konkurrenzlos
Inhaber: J. Kitwitt
11 Leipziger Straße 11

Homöopathie.
Aus Anlaß des 10. Verbandstages der Homöopathischen Vereine Mitteldeutschlands findet am
Sonnabend, dem 29. August, abends 8 Uhr
ein Festabend im „Hofjäger", Lindenstr. 78, statt.
Vortrag: **Der Segen der Homöopathie.**
Referent: Verbandsvorsitzender Herr Oberlehrer **Kumbst**, Magdeburg.
Gleichzeitig **Ausstellung** homöopathischer Präparate und homöopathischer Literatur der Firma Dr Willmar Schwabe, Leipzig. Eröffnung Sonnabend, den 29. August, nachm. 2 Uhr.
Gäste willkommen 5765
Gesellschaft für Homöopathie und Gesundheitspflege. **Homöopathischer Verein für Halle u. Umgegend.**

Das Bücherbrett
füllen
heißt gerüstet sein!
Parteigenossen! Gegen monatlich
6 bis 10 Mark
erhalten Sie durch die
Bitterfelder Volksbuchhandlung
eine ganze Bibliothek,
das Rüstzeug des Sozialismus!

Hammerschlag's Herkules-Hose, die beste
Arbeitshose der Gegenwart. Vorrätig in gestreift, einfarbig-braun, -schwarz und -weiß in allen denkbaren Größen. Die Haltbarkeit übertrifft drei andere Hosen.

Gestr. Pilot-Hosen	4,75	6,00	7,00	8,00 9,00
Bl. Schloss.-Jack. u. Hosen	2,75	3,50	4,25	5,50
Prima Manchest.-Hosen	10,50	12,50	14,50	16,50

Spezialhaus **Julius Hammerschlag** Gr. Ulrichstraße 36.

Ufa
Wollen Sie einige lustige Stunden vertreiben?
Wollen Sie so recht aus vollem Herzen lachen?
Dann besuchen Sie
Pat und Patachon
welche in ihrem Film
Der Kampf mit dem Drachen
Eine abenteuerliche Frühlingsgeschichte voll Tücken, Mücken und Entzücken
im
Ufa-Theater Alte Promenade
einkehren. Im gleichfalls lustigen Beiprogramm erfreut der Mann, der nie lacht,
Buster Keaton
in seinen neuen Grotesken
Buster Keaton als Sträfling 5762
Buster Keaton bekämpft die blutige Hand
Beginn: Sonntags 3 Uhr, Werktags 4 Uhr.

Ufa-Theater Leipziger Straße
bleibt ab morgen, Freitag,
wegen Renovation
geschlossen!

Künzels Hüte
sind
anerkannt
gut und billig
Escamillo-Filzhut
in schönen Farben
Mk. 4,50
Rasch — rasch noch einen Escamillo-Hut.
5126
Adolf Künzel
Leipziger Strasse 69.

Zähne, Kronen, Plomben Brücken, Gebisse 5744
gegen günstige Zahlungsbedingungen.
Sorgfältigste gewissenhafte Behandlung.
Kinder-Abonnement 5 Mk. jährlich.
Sprechstunde 9 bis 12 1/2, 3 bis 6 1/2 Uhr.
Zahnpraxis W. A. Kulatschkowsky
Geiststrasse 9 II, Eingang Fleischerstr.

Der deutsche Fürstenspiegel
von Friedr. v. Stromer-Reichenbach
Preis Mk. 2,—, geb. Mk. 3,—
Eine packende wahrheitsgetreue Schilderung des unheilvollen Einflusses des deutschen Fürstentums auf unsere gegenwärtige politische Lage. Interessant ist namentlich der Blick hinter die Kulissen des Weltkrieges und die auf historischer Grundlage beruhenden Voraussberechnungen für die nächste Zukunft. Ein unentbehrliches Buch zur Beurteilung der politischen Lage.
Zu beziehen durch:
Volksblatt-Buchhandlung
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 27

Mit Mk. 7,—
Anzahlung erhalten Sie
Damen-Mäntel
verschiedener Stoffart bei bequemer Teilzahlung sofort ausgehändigt.
Wäsche- u. Konfektions-Vertrieb
Gr. Ulrichstrasse 4, I. Etage.
5763

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250827-13/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 27. August 1925.

Hausverkäufe in der Inflationszeit.

Von Rechtsanwalt Dr. Pfeiffer (Halle).

Zu diesem Thema liegt nunmehr auch, nachdem kürzlich das Kammergericht gesprochen hat, eine Reichsgerichtsentscheidung vor. Das Kammergericht hatte letzthin in einer Entscheidung vom 16. Mai 1925 entschieden, daß bei unrichtiger Angabe des Kaufpreises im notariellen Kaufvertrage zwar der Formmangel des durch ihn verdeckten Rechtsgeschäfts infolge Auflassung und Eintragung geheilt wird, daß aber Auflassung und Eintragung unwirksam seien, wenn die nach dem Preußischen Grundstücks-Verkehrsgesetz vom 10. Februar 1923 erforderliche Genehmigung nicht vorliegt und daß daher der Verkäufer Eigentümer seines Grundstücks geblieben sei.

Diesem Ergebnis hat sich jetzt das Reichsgericht in einer Entscheidung vom 8. Juli 1925 angeschlossen. Es ist dem Kammergericht insofern beigetreten, als es die Auflassung wegen Mangels der behördlichen Genehmigung für unwirksam erklärt hat. Das Kaufgeschäft habe die Behörde nicht genehmigen können, weil sie von dem wahren Inhalt desselben keine Mitteilung erhalten habe. Von einer Genehmigung der Auflassung könne keine Rede sein, weil nicht die Auflassung als solche, sondern der Kaufvertrag, in dem sie allerdings mit enthalten war, als genehmigt zu gelten habe. Die Eintragung des Beklagten im Grundbuch hat daher nicht zur Heilung des Formmangels gemäß § 313 BGB. geführt, da eine solche Heilung eine rechtlich bedenkenfreie Auflassung voraussetze.

Hiermit ist nun denjenigen Grundstücksverkäufern, die ihre Grundstücke in der Inflationszeit veräußert haben, ein Weg eröffnet, ihre Grundstücke wieder zu erlangen. Das Bedauerliche hierbei ist nur, daß die Vorteile dieser Entscheidung nicht auch denjenigen zugute kommen, die im notariellen Kaufvertrage den richtigen Preis angegeben haben.

Das neue Gesicht der Stadtverordnetenversammlung.

Arbs legt sein Mandat nieder.

Die Stadtverordnetenversammlung wird bei ihrem Wiederzusammentritt nach den Sommerferien ein ziemlich verändertes Gesicht aufweisen, sind doch durch Tod oder Niederlegung der Mandate verschiedene Sitze frei geworden, die nun durch die Listennachfolger zu besetzen sind. Von dieser Veränderung wird besonders die äußerste Linke des Hauses betroffen. Nachdem erst kürzlich der Stadtverordnete Hopf durch Mandatsniederlegung bekundet hatte, daß es ihm in der kommunistischen Gesellschaft jetzt unheimlich zu werden beginnt, hat nun auch der Hospitant der KPD.-Fraktion, Herr Karl Kürbs, ein Stadtverordnetenmandat niedergelegt. Es blieb ihm schließlich auch nichts weiter übrig, denn nach seinem um das „Mitteldeutsche Echo" mit der KPD. geführten Kampf ist die Rolle, die er als freiwilliger Förderer kommunistischer Interessen gespielt hat, ausgespielt. Als einziger Vertreter der mit kommunistischer Unterstützung am 4. Mai d. J. gewählten „unabhängigen" Liste kann die „Fraktion Kürbs" nicht mehr hoffen, irgendwelchen Einfluß auf die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung auszuüben. Nutzen hat er mit seinem Mandat der Arbeiterbevölkerung sowieso nicht gebracht. Seine Haupttätigkeit bestand darin, bei jeder Gelegenheit über die Sozialdemokraten herzufallen, indem er den Kommunisten den Rang streitig machte, das Höchstmaß in Beschimpfungen zu erreichen. Der Bürgerblock blieb dann gewöhnlich vor seinen Angriffen verschont und hatte das Vergnügen, der lachende Dritte zu sein. Die „Allgemeine Zeitung" quittiert diese Rolle, die Kürbs gespielt hat, denn auch mit einigen anerkennenden Worten für ihn.

Herr Kürbs dürfte aber noch nicht der letzte sein, der die Aussicht, mit den Kommunisten zusammen im Stadtparlament ersprießliche Arbeit zu leisten, aufgegeben hat. Wer sein Nachfolger wird, steht noch nicht fest. Der nächste auf der „unabhängigen" Liste wäre der Geschäftsführer des Hallischen Feuerbestattungsvereins, Albert Borgmann, der aber inzwischen zur Sozialdemokratischen Partei zurückgekehrt ist. Die Entscheidung über die Nachfolge liegt bei den Listenvertretern, die abzuwarten sein wird.

Warnung vor den Preisausschreiben.

Wiederholt ist das Publikum öffentlich davor gewarnt worden, sich an der Lösung solcher Preisausschreiben zu beteiligen, zu der private Unternehmungen in vielen Zeitungen auffordern. Oft wird dabei auch die Einsendung eines Geldbetrages verlangt. Nachträglich stellt sich dann meistens heraus, daß die Einsender betrogen sind. So wird jetzt wieder bekannt, daß in einer größeren Anzahl von Fällen gegen braunschweigische Firmen Strafverfahren wegen unerlaubter Ausspielung und wegen Betruges eingeleitet worden sind, in deren Verfolg mehrere Firmeninhaber und ihre Gehilfen in Untersuchungshaft genommen werden mußten. Von einer erfolgten Gewinnerteilung ist dort bisher nichts bekannt geworden.

Die Polizeidirektion Braunschweig teilt nun mit, daß gegen alle sich mit der Veröffentlichung von Preisaufgaben befassenden braunschweigischen Firmen unmittelbar nach Bekanntwerden Verfahren wegen unerlaubter Ausspielung bzw. Betruges eingeleitet sind. Zurzeit sind fünfzehn solcher Verfahren bei der Staatsanwaltschaft anhängig. In einigen Fällen war in erster Instanz Verurteilung erfolgt, gegen die jedoch Revision eingelegt wurde. Nachdem das Reichsgericht nunmehr eine solche Revision verworfen und damit die Verurteilung bestätigt hat, wird mit besonderem Nachdruck gegen alle Firmen vorgegangen. In Verfolg dieser Maßnahmen sind in den letzten Wochen mehrere Firmeninhaber und ihre Gehilfen in Untersuchungshaft genommen.

Es wäre sehr zu wünschen, daß auch andernorts mit aller Schärfe gegen diesen Schwindel vorgegangen wird. Das beste ist natürlich, es beteiligt sich keiner mehr an den „Lösungen" der Aufgaben resp. jeder hält sein Geld fest. Dann verschwindet diese Eiterbeule am deutschen Wirtschaftskörper von selbst.

8. Ortsbezirk. Donnerstag, den 27. August, abends 8 Uhr, im Restaurant „Feuerwache Süd": Außerordentliche Mitgliederversammlung. Alle Genossen müssen zur Stelle sein. Sämtliche Funktionäre müssen bereits um 7 Uhr anwesend sein.

* **Warnung vor einem Betrüger.** Seit einiger Zeit reist ein Otto Gaßdorf in den Ortschaften der näheren und weiteren Umgebung von Halle umher und nimmt Versicherungsanträge für die Versicherungsbank „Germania" auf. Er gibt an, im Auftrage der Handelskammer in Halle zu kommen, die mit der „Germania" einen Vertrag auf Versicherung ihrer Mitglieder abgeschlossen habe. Es wird gebeten, Gaßdorf festnehmen zu lassen und Sachdienliches der Kriminalinspektion Halle mitzuteilen.

* **Zirkus Straßburger,** dessen Gastspiel mit berechtigter Spannung hier erwartet wird, trifft nun morgen hier ein und findet abends pünktlich 7½ Uhr die Eröffnungsvorstellung statt. Für unsere Stadt wird dies insofern ein großes Ereignis sein, als Zirkus Straßburger dafür bekannt ist, das reichhaltigste Programm, den herrlichsten Marstall und die prächtigsten Raubtiergruppen zu bieten. Ebenso bietet die angegliederte Völkerschau das Interessanteste, das man sich denken kann — Inder, Japaner, Mongolen, Singhalesen, Feuerarbeiter, Araber, Marokkaner Rifkabylen, Tunesier, Türken, Beduinen u. a. m. — das richtige farbenprächtige exotische Gepräge. Der Vorverkauf liegt in den bewährten Händen des Herrn M. Schulz, Große Steinstraße 1/3, woselbst die Eintrittskarten ohne jeden Aufschlag zu haben sind.

* **Bad Wittekind.** Morgen, Freitag, ½7 bis ½8 Uhr Frühkonzert, 4 bis ½7 Uhr Nachmittagskonzert.

Aus den Gerichtssälen.

Schwurgericht.

Totschlag und Selbstmordversuch.

Der Angeklagte, Arbeiter Franz Klingner aus Delitzsch, ist ein Kriegsopfer. Vor dem Kriege Schmied, der freudig seinem Berufe nachging, ist der jetzt 30jährige während des Krieges mehrfach verwundet. Er hat einen Kopfschuß, ein Unterschenkel ist ihm infolge Verwundung amputiert, so daß er sein altes Handwerk nicht mehr ausüben konnte. Im Juni vorigen Jahres war seine Frau gestorben, mit der er recht zufrieden gelebt hatte. Er fühlte sich vereinsamt. Dann kam Erwerbslosigkeit und längere Krankheit. Das alles wirkte auf ihn körperlich und seelisch so ein, daß er schwermütig wurde und des Lebens ziemlich überdrüssig war. Neue Hoffnung schöpfte er wieder, als er Arbeit fand und dort eine Arbeitskollegin kennenlernte, die 20jährige Lina Kopchen, in die er sich leidenschaftlich verliebte. Im Dezember 1924 zog sie zu ihm als Wirtschafterin. Da sie die ernste Absicht hatten, zu heiraten, begannen sie auch bald mit intimem Verkehr. Nun hatte das Mädchen aber ihre erste Liebe vorher einem 21jährigen jungen Manne geschenkt, mit dem sie sich entzweit hatte. Der kehrte ab und zu zum Zeitvertreib zu ihr zurück, und sie konnte nicht von ihm los, obwohl sie der Ueberzeugung war, daß der sie nur zum Narren halte. So schwankte sie zwischen den beiden hin und her und fühlte sich immer zu dem hingezogen, mit dem sie gerade zusammen war. — Dieses Schwanken der Frau trägt einen großen Teil an der Schuld der Tragödie, deren Opfer sie selber war.

Auf Zureden ihrer Familie, die sich auf die Seite des Jüngeren stellte, zog sie von dem Aelteren fort, um in Leipzig eine Stellung anzunehmen, wie sie diesem angab, um sich in der Wirtschaft zu vervollkommnen. Dort besuchte sie am Sonntag vor Pfingsten den Aelteren, am Sonnabend darauf tanzte sie mit dem Jüngeren die Nacht hindurch auf einer Hochzeit in der Umgegend von Delitzsch. Das sollte dem anderen verheimlicht werden. Der merkte das aber doch und holte am 1. Juni dieses Jahres, am Pfingstmontag, in aller Frühe das Mädchen ab, nachdem er sich vorher auf irgendeine Weise einen Revolver verschafft hatte. Sie fuhren zurück nach Delitzsch und verbrachten dort den Tag in seiner Wohnung. Vor einem Hausbewohner hatte er sich eine Flasche Cherry-Brandy holen lassen, die sie so gern trank.

Abends um ½8 Uhr hörten Nachbarn aus seiner Wohnung sechs Schüsse. Man öffnete: Gasgeruch drang heraus. Die Türe wurde geschlossen, die Fenster geöffnet, und dann fand man das Mädchen auf dem Sofa liegend, mit einer Schußwunde mitten in der Stirn, tot vor. Er lag röchelnd mit einem Schuß an der Stirn zu ihren Füßen. Aus Abschiedsbriefen, die auf dem Tische lagen, ging hervor, daß sie beide haben gemeinsam sterben wollen.

Am Mittwoch saß Kl. vor den Geschworenen, um sich wegen Totschlags zu verantworten. Er erklärte, daß seine Braut habe mit ihm in den Tod gehen wollen, als er von Selbstmord sprach. Ueber die Tat selbst sei ihm jede Erinnerung geschwunden. Das Gericht hielt nicht für erwiesen, daß die Getötete das ausdrückliche und ernstliche Verlangen gestellt habe, sie zu töten. Diese Milderung falle also fort. Andererseits wurden ihm aber wegen seiner körperlichen und seelischen Depressionen mildernde Umstände bewilligt. Das Urteil lautete dem Antrage des Staatsanwalts gemäß auf vier Jahre Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft.

Schöffengericht.

Vorsicht vor Betrügern.

Der degenerierte Wehrwolf auf der Anklagebank.

Viel mehr Mißtrauen kann man nur allen Stellensuchenden empfehlen; dann würden viele nicht so leicht auf den plumpsten Schwindel hineinfallen, wie z. B. mehrere stellungsuchende Angestellte von dem jetzt gerade 21jährigen Handlungsgehilfen Erich Eckard sich haben betrügen lassen. E. saß am Dienstag auf der Anklagebank. Eckard, der Mitglied des Wehrwolfs und auch Zeitreisewilliger war, ist zur Beobachtung seines Geisteszustandes u. a. 6 Wochen in Alt-Scherbitz gewesen, und mehrere sachärztliche Gutachten bekunden, daß er zwar nicht geisteskrank im Sinne des § 51 des Strafgesetzbuchs, wohl aber geistig minderwertig und degeneriert ist und daß ihm eine phantastische Lügenhaftigkeit eigen ist.

Im Februar 1925 mietete er ein Zimmer als Bureau, engagierte einen Geschäftsführer, dem er 75 Mk. Kaution abnahm, und eine Stenotypistin. Beide hatten nichts zu tun. Er erließ ein Inserat, daß der „Verein für dekorative Kunst" stellenlose junge Leute zu Dekorateuren ausbilde. Mehrere meldeten sich auch; denen nahm er je 10 Mk. Lehrgeld ab, wobei er erzählte, daß er schon vier Jahre Direktor des Vereins wäre und auf der Leipziger Messe 43 Dekorateure beschäftigte. Und alle diese Leute waren so vertrauensselig, daß keinem irgend etwas dabei auffiel. Jeder war nur froh, daß er eine gute Stelle in Aussicht habe. Natürlich brauchte der Herr „Direktor" auch dazu ein Auto. Bevor er das aber kaufte, mußte er erst eine Probefahrt machen, die ihn nach Leipzig, Delitzsch, Mittweida usw. führte. Das Auto konnte er selbstverständlich nicht bezahlen, nicht einmal die Probefahrt. Und so hat er noch mehrere andere ganz phantastische Pläne zu verwirklichen versucht.

Die freie Willensbestimmung bei Begehung der Tat war nicht ausgeschlossen. Er war deshalb zu bestrafen und erhielt wegen Betruges in vier Fällen 6 Monate Gefängnis, worauf 5 Monate Untersuchungshaft angerechnet wurden. Da das Gericht aber der Ansicht war, daß er durch das Gefängnis durchaus nicht gebessert werde, so wird der Rest von einem Monat auf 3 Jahre ausgesetzt unter der Bedingung, daß er der Schutzaufsicht der Gerichtshilfe unterstellt wird. Diese wird zusammen mit dem Vater des Angeklagten für seine weitere Unterbringung sorgen.

Republikanischer Werbeabend

Freitag, den 28. August, abends 8 Uhr, im großen Festsaal des Zoologischen Gartens.

Redner: Polizeioberst a. D. Lange (Berlin).

Mitwirkende:

Freier Sängerchor Halle / Reichsbanner-Kapelle

Freunde der Republik, Männer und Frauen herzlich willkommen!

Aus der Provinz.

Aus der Provinzialverwaltung.

Tagung des Provinzial-Ausschusses der Provinz Sachsen.

Bewilligung von Beihilfen für die vom Unwetter Geschädigten.

Aus Anlaß der diesjährigen Tagung des Provinzialausschusses hatte der Provinzialausschuß sich am Mittwoch, dem 26. August, auf Einladung des Magistrats der Stadt Quedlinburg in dieser an historischen Erinnerungen reichen Stadt zu einer Sitzung versammelt. Nach einem Rundgang durch die Stadt begann der Provinzialausschuß seine Sitzung kurz nach 10 Uhr im Stadtverordnetensitzungssaale. Der Landeshauptmann Dr. Hübener teilte zunächst mit, daß die **Neuwahlen zum Provinziallandtag** nach Beschluß des Staatsministeriums am 25. Oktober stattzufinden haben. Wird diesen Wahlen das vorläufige Ergebnis der letzten Volkszählung vom 16. Juni 1925 zugrunde gelegt, so sind drei Provinziallandtagsabgeordnete mehr zu wählen als bisher, also statt 110 künftig 113; von diesen drei Abgeordneten entfallen zwei auf den Regierungsbezirk Merseburg, einer auf den Bezirk Magdeburg. Mit Rücksicht auf diese Wahlen wurde deshalb vorgeschlagen, die nächste Sitzung möglichst bald, und zwar am 16. September, abzuhalten.

Von den Beschlüssen des Provinzialausschusses sind folgende wichtigere hervorzuheben: Bei der Wichtigkeit der Luftschiffahrt wurde auf Anregung der Staatsregierung zur Prüfung der Frage über Gründung einer provinziellen Flugverkehrsgesellschaft ein Ausschuß gewählt, der prüfen soll, ob und in welcher Form es für die Provinz Sachsen angezeigt ist, dieser Anregung zu folgen. In den Ausschuß wurden gewählt: Beims (Magdeburg), Rive (Halle), Rollert (Erfurt) und Weber (Halberstadt). Die Technik der Wärmewirtschaft ist heute so weit fortgeschritten, daß es möglich ist, auch Gas durch Gasfernleitung auf weite Entfernung zu übertragen. Mit dieser Frage wird sich eine heute stattfindende Versammlung der Bürgermeister und Landräte beschäftigen. Der Provinzialausschuß ist an diesen Dingen ebenfalls interessiert; denn diese Gasfernleitungen werden wohl in den meisten Fällen angewiesen sein, die dem Provinzialverbande gehörigen Straßen zu benutzen. Hierfür sind vorläufige Grundsätze festgestellt worden. Der Provinzialausschuß nahm von diesen Grundsätzen Kenntnis, behielt sich aber über Einzelfälle seine Beschlüsse vor.

Zur Erhöhung der Beteiligung bei der Magdeburger Vorortbahn A.-G. bewilligte der Provinzialausschuß 150 000 Mk., ebenso erwarb er 20 junge Aktien zu je 1000 Mk. der Thüringer Werk A.-G. in Weimar und trat je 12½ Prozent seiner Geschäftsanteile der Ueberlandzentrale Südharz G. m. b. H. in Bleicherode an die Kreise Grafschaft Hohenstein und Worbis ab.

Bekanntlich ist bei Thale ein Bergtheater eingerichtet, das aber mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. In diesem Theater werden die sogenannten Stenhard-Festspiele geboten. Der Provinzialausschuß bewilligte hierfür eine Beihilfe von 2500 Mk. Ebenso gewährte er dem Mitteldeutschen Verkehrsverbande in Magdeburg zur Förderung seiner Bestrebungen 500 Mk.

Zur Linderung der großen Not, die durch die Unwetterschäden in Gerbstedt und Belleben entstanden ist, bewilligte der Provinzialausschuß 15 000 Mk. Gleichzeitig wurde der Landeshauptmann ermächtigt, weitere Beträge im Bedarfsfalle zu gewähren. Hierbei wurde, wie bereits im Provinziallandtag, die Frage erörtert, ob die Vorflutverhältnisse in dieser Gegend in Ordnung gewesen sind. Für Instandsetzung von Denkmälern und denkwürdigen Bauten wurden den Städten Stendal, Neuhaldensleben, Magdeburg und der Gemeinde Brunau Beihilfen bewilligt.

Kelbra. Der neugewählte Bürgermeister ist von der Regierung bestätigt worden. Er wird voraussichtlich am 1. September sein Amt antreten.

Bitterfeld. In Konkurs. Die hiesige Maschinenfabrik Ortenbach u. Vogel hat infolge Zahlungsschwierigkeiten Konkurs angemeldet.

Delitzsch. Sonderinteressen oder Allgemeininteresse im Stadtparlament? Eine reichhaltige Tagesordnung beschäftigte am Dienstag die Stadtväter. Recht interessante Debatten zeigten deutlich die Einstellung der bürgerlichen Rechten — und auch der Arbeitervertreter in ihren Reihen. Ein paar Beispiele dafür. Wie in anderen Städten, so wollten auch hier bei uns einige Händler Verkaufsstände auf den Plätzen errichten. Bedenken wegen Gefährdung der Einheitlichkeit des Stadtbildes lagen nach den vorgelegten Entwürfen nicht vor. Wohl aber hätte die Stadt rund 400 Mk. Einnahme buchen können, abgesehen von dem Mehrertrag an Gewerbesteuern. Aber — es erwuchs da schließlich eine neue Konkurrenz für die Geschäftsleute. Deshalb wurde die Genehmigung versagt. Stadtv. Fritzsche zeigte sich wieder einmal von seiner besten Seite. In der Debatte sprach er zwar gegen seine Fraktion, stimmte aber doch mit ihr! — Die Bauhandwerkerorganisationen hatten den Antrag auf eine Unterstützung von 2000 Mk. für die Ausgesperrten eingebracht. Der Magistrat hatte die Summe bewilligt. Im Parlament entspann sich eine lebhafte Aussprache. Die Linke trat für den Magistratsbeschluß ein. Der Finanzausschuß hatte Ueberweisung an den Bezirksfürsorgeverband beschlossen. Dabei blieb es auch. Wie wenig das Parlament in seiner Mehrheit seine Interessen vertritt, bewies es bei der Besprechung über Entsendung von Vertretern zum Provinzialstädtetag und zur Jahresschau deutscher Arbeit. Es gelang unserer Fraktion nicht, die Delegation von Stadtverordneten zu ermöglichen. Die Stadträte haben scheinbar kein Interesse daran, sich noch Kenntnisse zu verschaffen. Die Geschäftsführung des Vorstehers ließ gerade bei dieser Frage wieder zu wünschen übrig. — Seit langer Zeit beschäftigte eine erfreuliche Vorlage das Plenum. Eine Magistratsvorlage sah den Bau eines Wohnhauses mit 12 Wohnungen vor. Interessant waren die eingegangenen Kostenanschläge, sie schwankten zwischen 46 000 und 73 773 bzw. 11 800 und 29 000 Mk. Wie diese Differenzen sich rechtfertigen lassen, müßte einmal nachgeprüft werden. Der Antrag der Linken, in eigener Regie zu bauen, wurde aber abgelehnt. In Anbetracht der Aussperrung der Bauhandwerker wurde ein Antrag unserer Fraktion angenommen, der folgende Fassung hatte: „Der Bau ist sofort zu beginnen. Sollte es den Unternehmern nicht möglich sein, ist sofort in eigener Regie zu beginnen." — Der Protest unserer Fraktion bewirkte es, daß zwei Angelegenheiten, die sich in die geschäftlichen Mitteilungen eingeschlichen hatten, dort herausgenommen und als neuer Punkt für die nächste Tagesordnung bestimmt wurden. — Recht unliebsame Verhältnisse in der Verwaltung zeigten sich bei Besprechung der Vorlage über die Mehrausgaben von 1924. Es wird von einzelnen Dezernenten geradezu unverantwortlich gearbeitet. Ueberschreitungen von Etatmitteln um Beträchtliches sind gar nichts Seltenes. Dem soll in Zukunft abgeholfen werden. Das Plenum beschloß, die verantwortlichen Beamten bei Ueberschreitungen der Etatmittel heranzuziehen, falls die Nachbewilligung nicht genehmigt wurde, trotzdem es möglich war. — Schließlich wurden die Mittel für Anschaffung von zwei Schwänen auf dem Stadtgraben bewilligt.

Eilenburg. Verkehrssorgen. Auf eine kleine Anfrage wurde vom preußischen Handelsminister folgende Antwort wegen Vollendung des Bahnbaues Eilenburg—Wurzen erteilt: „Das sächsische Wirtschaftsministerium in Dresden steht bereits seit einiger Zeit mit der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-

Genossenschafter! Spareinlagen gehören in die Konsumvereins-Sparkasse!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250827-13/fragment/page=0005

gesellschaft, dem Herrn Reichsminister der Finanzen und dem Herrn Reichsverkehrsminister wegen Vollendung des Bahnbaues Eilenburg—Wurzen in Verhandlungen, die aber ergebnislos verlaufen sind. Auch ich habe mich bei der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft eingesetzt, leider mit dem gleichen negativen Erfolge. Der Weiterbau scheitert an der Schwierigkeit der Beschaffung der noch notwendigen Mittel in Höhe von rund 3 Millionen Reichsmark. „Nach den vom Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft festgesetzten Richtlinien" fordert die Deutsche Reichsbahngesellschaft in Rücksicht auf die geringe Ertragsfähigkeit der Bahn einen verlorenen Zuschuß von 1 000 000 Mark und ein Darlehen zu mäßigem Zinsfuß von 2 000 000 Reichsmark. Die Reichsbahn hat sich ohne diese finanzielle Regelung zur Zeit außerstande erklärt, den Bahnbau zu vollenden.

Schwemsal bei Düben. **Kriegervereinsrummel.** Am Sonntag feierte hier der Krieger- und Landwehrverein sein 50jähriges Stiftungsfest. An dem Umzug nahmen etwa 250 Personen mit 28 Fahnen teil. Düben war mit Krieger- und Militärverein, sowie mit Stahlhelm und Bürgermeister Jastrow (!) vertreten. Die von den Nachbarschaften auf Leiterwagen herankommenden Gäste waren fast durchweg alte Leute. Die Jugend hatte sicherlich vom letzten Stahlbad genug. Eine lange Festrede wurde vom Grafen Solms, der in Ulanenoffiziersuniform erschienen war, gehalten. Sie war durchaus im Geiste der schwarzweißroten Reaktion gehalten. Wir zweifeln nicht, daß die Veranstaltung und die Rede den Erfolg haben wird, den Graf Solms nicht erwartete: ein ehrlicher Republikaner und Sozialist hat in diesen Kriegervereinen nichts mehr zu suchen, die heute nur noch eine Kampftruppe gegen das Reichsbanner darstellen. Er wird diesen Kreisen endlich den Rücken kehren und sich dem Reichsbanner anschließen.

Grünewalde. Aus der Gemeinde. Die am Sonnabend, dem 22. August, stattgefundene Gemeindevertretersitzung nahm zunächst eine Gliederung des aus 21 Mitgliedern bestehenden Ehrenflurschutzes vor. Ein Antrag auf Erlaß der Lustbarkeitssteuer wurde in Anbetracht der besonderen Umstände, welche für die in Betracht kommende Veranstaltung vorliegen, abgelehnt. Für die Stiftung „Hoffnungtal", Asyl für Obdachlose bei Berlin, soll, da von der Stadtgemeinde Berlin empfohlen, eine Ortssammlung ausgeführt werden, an der sich die Gemeinde mit 10 Mk. beteiligt. Für den Bau der Jugend-Herberge Schmiedeberg i. R. wurden 5 Mk. bewilligt. Zu den Anträgen des Otto Krengel und Otto Barth auf Erteilung der Genehmigung zur Ansiedlung beschloß die Vertretung, daß Bedenken gegen die Ansiedlung nicht geltend zu machen sind. Die bezüglich der Herrichtung der Straßen erforderlichen Auflagen werden festgelegt. Die Abschlüsse der Rechnung der Gemeindekasse und Friedhofskasse für 1922/23 und 1923/24, welche in einfacher Form erfolgt sind, wurden geprüft. Die Einzelprüfung wurde der Rechnungsprüfungskommission übertragen. Die Feststellung der Rechnung und Entlastung des Rechnungsführers erfolgt nach Bericht der Prüfungskommission. Hauptberatungspunkt bildete der Gemeindehaushalt für das Jahr 1925/26, welcher in Einnahme und Ausgabe mit 36 000 Mk. abschließt. Ein Antrag des GV. Waldau (Wirtschaftsblock), den Haushaltsplan nochmals zurückzustellen, wurde mit 11 gegen 2 Stimmen abgelehnt. Der Vorsteher erklärte den Haushaltsplan zunächst zusammenfassend, erläuterte die Aenderungen, welche gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen sind, und zergliederte sodann die einzelnen Positionen. Es ergibt sich, daß die Bearbeitung des Haushaltsplanes mit der größten Gewissenhaftigkeit erfolgt ist, Abänderungen darum auch bei einer zweiten Prüfung nicht möglich sein werden. Ein Antrag auf Streichung der Schreibhilfe für den Gemeindevorsteher wurde mit 11 gegen 2 Stimmen abgelehnt, da es nicht möglich ist, alle, auch die kleinsten Arbeiten, vom Gemeindevorsteher selbst ausführen zu lassen, soll nicht anders die Gemeinde in ihren Hauptaufgaben Schaden leiden. Die Stellungnahme der beiden Vertreter vom Wirtschaftsblock war ja auch nicht objektiv. Nach ihren Aeußerungen leben sie noch im vorigen Jahrhundert. Der Haushaltsplan wurde alsdann mit allen gegen die zwei Stimmen des Wirtschaftsblocks unverändert angenommen. Für ihre Stellungnahme fanden diese zwei Herren keine Begründung. Sie haben damit bekundet, daß ihnen die Erledigung der der Gemeinde obliegenden Pflichtaufgaben gleichgültig ist. Die Entschädigung, welche den Zählern und Helfern bei der Volkszählung zu gewähren ist, wird auf 4 Mk. festgesetzt. Sodann wurde noch bekanntgegeben, daß das „Liebenwerdaer Kreisblatt" laut Verfügung des Landrats nicht mehr amtliches Bekanntmachungsorgan des Kreises resp. der Kreisverwaltung ist. Die von der Gemeinde zu veröffentlichenden Bekanntmachungen werden in Zukunft in dem vom Landratsamt in Liebenwerda herausgegebenen Amtlichen Verordnungsblatt bekanntgegeben. Da sich das Hallesche „Volksblatt" und die „Bockwitzer Volkszeitung" zur unentgeltlichen Aufnahme der Bekanntmachungen der Gemeinde bereit erklärt haben, sollen diese Zeitungen bei Veröffentlichung von Bekanntmachungen herangezogen werden. Zum Schluß wurden noch einige Reparaturen an Straßen und Brücken angeregt und deren Erledigung zugesagt.

Lauchhammer. Schwerer Betriebsunfall. Im Oberhammer Abteilung Brückenbau ereignete sich am Mittwochnachmittag ein bedauerlicher Unfall. Der Arbeiter Jahn aus Dolsthaida war mit dem Zusammenschrauben von Brückenträgern beschäftigt, als der Kran gegen den Träger stieß und dieser dem Unglücklichen von hinten beide Beine zerschmetterte. Derartige Unglücksfälle sind vor allem auf das Antreibersystem zurückzuführen. Ob Menschenleben dabei gefährdet werden, ist ohne Belang. Es muß gefordert werden, daß in den Betrieben die Sicherheitsmaßnahmen geprüft werden. An der Unglücksstelle befindet sich ein ganz schmaler Gang, in dem das Arbeiten stets mit Gefahr verbunden ist. Früher, unter Direktor Hallbauer, ist viel mehr auf die Sicherheitsmaßnahmen geachtet worden als heute. Die Arbeiter, die nichts weiter zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft, können verlangen, daß ihre Gesundheit nicht leichtsinnig im Interesse des Kapitals aufs Spiel gesetzt wird.

Merseburg-Querfurt.

Merseburg, den 27. August 1925.

* **Wieder weggefallene Züge.** Die Personenzüge 2095 von Merseburg ab 10.25 Uhr abends nach Lauchstädt—Schafstädt und 2094 von Schafstädt ab 11.10 Uhr abends nach Lauchstädt-Merseburg, fallen ab 1. September wieder weg, nachdem sie erst seit 9. August verkehrt hatten. Grund soll zu schwache Besetzung sein. Diese übereilige Maßnahme der Reichsbahn dürfte wohl denn doch nicht am Platze sein. Denn erstens sind diese Züge eine Notwendigkeit und zweitens sind sie der breiteren Masse, speziell in den benachbarten Städten, die als Besucher vor allem von Lauchstädt in Frage kommen, noch viel zu wenig bekanntgeworden. In 14 Tagen kann man da ein abschließendes Urteil noch nicht fällen. — Vom gleichen Tage an verkehren an Stelle der Güterzüge mit Personenbeförderung Nr. 8759 (W) Merseburg (ab 1.40 Uhr) — Schafstädt (an 3.02 Uhr) und Nr. 8758 (W) Schafstädt (ab 3.58 Uhr) — Merseburg (an 5.20 Uhr) die Personenzüge Nr. 2087 Merseburg (ab 1.40 Uhr) — Schafstädt (an 2.18 Uhr), bisher nur Sonntags, vom 1. September an täglich, und Nr. 2088 (W) Schafstädt (ab 3.58 Uhr) — Merseburg (an 4.47 Uhr). Der letztere Zug 2088 verkehrt allerdings nur an Werktagen.

* **Was alles gestohlen wird.** Auf dem Merseburger Kinderplatze ist ein Zirkus eingetroffen. Am Abend des ersten Tages wurde nun einem Artistenpaar ein Pinscher gestohlen, der wegen seiner Dressur für seine Besitzer vorläufig unersetzbar ist, da sie ihn zum Erwerb ihres täglichen Brotes brauchen. Und für den oder die Spitzbuben kann er doch unmöglich eine wertvolle Errungenschaft sein. Auf die Wiederbringung des Hundes ist begreiflicherweise eine hohe Belohnung ausgesetzt. Vorläufig fehlt — wie immer — jede Spur.

Dürrenberg. Der Streik der Salinenarbeiter, an dem rund 150 Mann der Belegschaft beteiligt waren, ist am Dienstag durch Verhandlungen beigelegt worden. Lohnausbesserungen wurden bewilligt, Maßregelungen fanden nicht statt. Die Arbeit wurde am Mittwochfrüh wieder aufgenommen.

Dürrenberg. Schwarzweißrote Gefallenen-„ehrung". Der letzte Sonntag bot den Treuteutschen unseres Ortes wieder einmal Gelegenheit, sich ausgiebig zu betätigen. Anlaß dazu bot die Weihe des „Ehrenmals" für die Gefallenen der Gemeinden Dürrenberg, Keuschberg, Porpitz, Poppitz, Balditz, Ostrau und Lennewitz. Die Gelder hierzu wurden durch Sammlungen aufgebracht. Das Reichsbanner hatte die Beteiligung an dem Rummel abgelehnt; es wird zu gegebener Zeit die Gefallenen ehren. Ebenso trat im letzten Augenblick die Deutsche Turnerschaft von der Veranstaltung zurück. Anscheinend schlug ihr etwas das Gewissen. An der Feier beteiligten sich nur der Landwehrverein, der Verein ehemaliger Soldaten und Kriegsteilnehmer, die Schützen, die Vereinigte Sängerschaft, die Radfahrer, der Schwimmverein DSV. 1920, der Jungdo, der Stahlhelm und die Scharnhorstjugend, wovon die letzteren drei, obwohl sie alle Säuglinge selbst aus der Umgegend herangeholt hatten, noch keine 40 Mann stellten. Alles in allem zählte der „Festzug" 150 Personen und zwei Musikkapellen. Zum Schutz der „Ordnung" hatte man extra 12 Landjäger und 24 Schutzpolizisten kommen lassen, die aber keine Arbeit fanden. Das Denkmal übernahm der Zweckverbandsvorsteher Helfer, der sich dabei wieder einmal in empfehlende Erinnerung brachte. (Dieser Herr klebt an seinem Amt, obwohl er bereits über zwei Jahre nicht mehr im Zweckverband wohnt.) Wie nicht anders zu erwarten, fehlte bei der „vaterländischen" Veranstaltung auch nicht der Diener Gottes Pastor Held, der einer aus Oberschlesien vertriebenen Familie eine armselige Dachwohnung eingeräumt hat, während er selbst eine sehr große Wohnung sein eigen nennt, glaubte besondere Berechtigung zu haben, auf die „schlechten" Menschen zu schimpfen, die nicht mehr zur Kirche gingen. Die Gefallenen wären für Kaiser und Reich gefallen, sie würden, wenn sie zurückkehren könnten, mit den heutigen Zuständen nicht einverstanden sein, und ähnliche schwarzweißrote Redewendungen mußten sich die Zuhörer eine Stunde lang anhören. Es war bezeichnend, daß selbst ein Teil der Hinterbliebenen von Gefallenen sich nicht an der Feier beteiligten. Sie haben es empfunden, daß man auf solche Weise das Andenken der Toten nicht ehrt.

Dürrenberg. Gefallenenehrung der Turnerschaft. Die Keuschberger Turnerschaft, die es abgelehnt hatte, am Sonntag gemeinsam mit den Schwarzweißroten zu demonstrieren, ehrte Dienstag abend ihre im Weltkrieg gefallenen elf Turngenossen. Am Ehrenmal sprach der Vorsitzende schlichte, zu Herzen gehende Worte, die auf die zahlreich anwesenden Zuschauer starken Eindruck machten und Zustimmung fanden. Wir freuen uns, daß die Turner einen klaren Strich gezogen haben und sich nicht vor den Parteikarren einiger verkrachter Existenzen spannen lassen.

Mansfelder Lande.

Eisleben, den 27. August 1925.

Die Unterstützungsaktion in Gerbstedt.

Am Dienstag hatte der Bürgermeister die Magistratsmitglieder und Stadtverordneten zusammengerufen, um eine Uebersicht über den gegenwärtigen Stand des Unwetterschadens zu geben. Er gab zunächst seiner Freude über den getätigten Gemeinsinn in allen Bevölkerungsschichten anläßlich des Unglückes Ausdruck. Als erste Gabe von auswärts seine eine Spende von mehreren Dutzend Hemden von der Arbeiterwohlfahrt aus Helbra zu verzeichnen. Die Städte Schraplau und Kösen haben telegraphisch und schriftlich ihre Teilnahme der Stadt bekundet. Die erste Schätzung des Schadens auf 220 000 Mk. müsse als eine verfrühte Taxe angesehen werden angesichts des nunmehr übersichtlichen Schadens. Die drei- bis vierfache Summe würde zutreffender sein. Leider haben sich trotz Aufforderung immer noch nicht alle Geschädigten gemeldet. Bis Dienstag waren gemeldet 26 Gehöftschäden, 61 Haushalte mit Mobiliarschaden und 127 Haushalte mit Vieh- und Landschaden. 23 Familien sind anderweitig untergebracht, 9 Knaben und 17 Mädchen im Alter von 4 bis 13 Jahren sind besonders untergebracht.

Sodann streifte der Bürgermeister die Beschaffung der Mittel zum Aufbau. Bekanntlich habe der Landrat sofort 20 000 Mk. angewiesen, ebenso der Landeshauptmann 15 000 Mk. Ein weiteres Drittel von 10 000 Mk. habe der Innenminister gegeben. Die Behörden seien dabei, über weitere Hilfsmittel zu beraten. Wenn auch bekannt sei, daß Staat und Kreis leider nur über wenige Mittel verfügen, dann müsse mit der Girozentrale wegen einer größeren Anleihe verhandelt werden, die natürlich eine langfristige sein müsse. Das sei der einzige Weg, der schleunigst beschritten werden müsse, was auch geschehen würde.

Was den Fortgang der Arbeiten im Unglücksgebiet betreffe, so müsse mit Freuden der große Fortschritt konstatiert werden. Außer den Pionieren habe bekanntlich die Mansfeld-A.-G. 300 Bergleute drei Tage lang zur Verfügung gestellt; wenn es gelänge, dieselbe Zahl nochmals drei Tage für die Arbeit zu gewinnen, dann sei zu hoffen, daß bis Sonntag 35 Prozent der Arbeit geschafft sei. Vorauszusetzen sei, daß nochmals am Sonntag alles zur Arbeit antrete.

Nachdem noch darauf hingewiesen wurde, daß die Erwartungen auf Entschädigungen nicht zu hoch gespannt sein dürften, um Enttäuschungen zu vermeiden, müsse auch davor gewarnt werden, mit Wünschen hervorzutreten (wie geschehen), gleichzeitig eine Regulierung der Flutgrabenverhältnisse vorzunehmen. Im übrigen wünschte der Bürgermeister weniger eine ausgiebige Diskussion, als vielmehr weitere Betätigung der Nächstenliebe, wie sie so hervorragend in dieser Unglückszeit sich gezeigt habe. Landtagsabgeordneter Genosse Christange, der ebenfalls erschienen war, erhielt das Wort, um über die Aussichten und die weitere Behandlung der Erlangung staatlicher Beihilfen zu sprechen. Beigeordneter Rosenberg brachte einige berechtigte Wünsche zum Ausdruck, denen der Bürgermeister nachzukommen versprach.

Bemerken wollen wir noch, daß Genosse Christange eine Kleine Anfrage an die Staatsregierung wegen des Schadens im Gerbstedter Unglücksgebiet gerichtet hat, die wie folgt lautet: „Am 20. August sind die Orte Gerbstedt, Belleben und Alsleben im Mansfelder Seekreis von einem Unwetter schwer heimgesucht worden. Mehr als 20 Häuser sind dabei teils eingestürzt, teils unbewohnbar geworden, eine große Anzahl Vieh ist ertrunken, die Herbsternte vernichtet und das Land verschlammt. Die von dem Unglück Betroffenen, meist kleine Leute (Bergleute, Invaliden) stehen vor dem Nichts. Der Mansfelder Seekreis hat 20 000, die Provinz 15 000 Mk. sofort gespendet. Die Summe reicht bei weitem nicht aus, da der Schaden auf mehr als eine halbe Million zu beziffern sein dürfte. Ich frage daher das Staatsministerium, ob es bereit ist, sofort aus Staatsmitteln einen größeren Betrag den Verwaltungsbehörden zur Behebung der Notlage zur Verfügung zu stellen." — Genosse Christange teilt uns mit, daß er den Weg der Kleinen Anfrage statt eines Antrages gewählt habe, weil der Landtag erst in vier Wochen zusammentritt.

*

In der Mittwoch-Nummer des „Klassenkampf" tobt sich der Aerger der IAH. aus, daß man es abgelehnt hat, mit ihr zusammen eine Hilfsaktion einzuleiten. Besonders wird es den SPD.-Funktionären verdacht, daß sie nicht zu einer gemeinsamen Sitzung der IAH. erschienen; sie hielten es „anscheinend unter ihrer Würde, mit Anhängern der KPD. und politisch unorganisierten Arbeitern das proletarische Hilfswerk durchzuführen". Mit dieser Beurteilung dürfte der Schreiber des „Klassenkampf"-Artikels das Richtige getroffen haben. Sozialdemokraten halten es tatsächlich unter ihrer Würde, mit Vertretern der IAH., die es an Verunglimpfungen sozialdemokratischer Tätigkeit nicht fehlen läßt, sich zusammenzusetzen. Die IAH. ist in sozialdemokratischen Kreisen nur zu sehr als kommunistisches Mittel zum Zweck bekannt, und die Sozialdemokratie hat gar kein Interesse daran, daß diese Einrichtung, die zum Unterschlupf für Kostgänger der KPD.-Zentrale dient, besteht. Die heuchlerische Betonung der KPD., daß die IAH. nur proletarische Liebestätigkeit ausübt, kann nur noch auf ganz Dumme einen Eindruck machen.

Gewerkschaftliches.

Die Generalaussperrung im Baugewerbe.

Aussperrung der Tiefbauarbeiter am 2. September.

Berlin, 27. August.

Die gestrige außerordentliche Hauptversammlung des Beton- und Tiefbauarbeitgeberverbandes für Deutschland stellte sich grundsätzlich auf den Boden der Generalaussperrung. Das Präsidium des Verbandes wurde ermächtigt, im Einvernehmen mit den beiden übrigen Arbeitgeberverbänden die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Der Reichsverband des deutschen Tiefbaugewerbes beschloß gestern mit überwältigender Mehrheit, die bei ihm beschäftigten Arbeiter bei Tagesschluß des 2. September zur Unterstützung des Arbeitskampfes im Hochbau zu entlassen.

Berlin, 27. August. (Radiomeldung.)

Heute, Donnerstag, finden im Reichsarbeitsministerium noch einmal letzte Verhandlungen statt, die der Beilegung des Konflikts im Baugewerbe dienen sollen. Nach den Beschlüssen, die der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe aber bereits gefaßt hat, kann es sich hier nur noch um Scheinverhandlungen drehen, denen am Sonnabend die vom Unternehmerbund bereits verabredete Generalaussperrung der Bauarbeiter folgen soll.

*

Nachdem nunmehr mit der Generalaussperrung im gesamten Baugewerbe bestimmt zu rechnen ist, wird die Arbeiterschaft alle erforderlichen Gegenmaßnahmen ergreifen müssen. Die Unterstützung der Ausgesperrten zu regeln, ist Sache der Bauarbeiterverbände, die hinter sich den ADGB., also die gesamten freien Gewerkschaften, zu stehen haben. Es muß aber auch dafür gesorgt werden, daß der Betrieb aller öffentlichen Bauten, Siedlungsbauten usw. nicht unter der Aussperrungswut der Unternehmer leidet.

Alle Arbeitervertreter — Magistratsmitglieder, Stadtverordnete, Gemeindevertreter, Kreistagsmitglieder, sowie in den Bau- und Siedlungsgenossenschaften — haben daher die Pflicht, unverzüglich dafür zu sorgen, daß die Bauten fortgeführt werden. Sollten sich die Unternehmer nicht dazu bereit erklären, dann muß dafür eingetreten werden, daß die Bauarbeit in eigene Regie genommen wird.

Vor der Aussperrung von 200 000 Textilarbeitern.

Im Reichsarbeitsministerium ist am Dienstag ein Schiedsspruch für die Textilindustrie gefällt worden, der eine 10prozentige Lohnerhöhung der jetzt noch geltenden Tariflöhne bis 5. März nächsten Jahres vorsieht. Die Erklärungsfrist über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches läuft bis nächsten Sonnabend.

*

Der Versuch des Reichsarbeitsministeriums, durch sein Eingreifen die Verwirklichung des Beschlusses der sächsischen Textilindustriellen auf Aussperrung von rund 200 000 Arbeitern zu verhindern, dürfte, wie wir erfahren, vergeblich gewesen sein. Am Dienstag waren über 100 Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der sächsischen Textilindustrie im Reichsarbeitsministerium versammelt, ohne daß die Einigungsverhandlungen, die sich bis in die späten Nachtstunden ausdehnten, einen Erfolg hatten. Der Streitpunkt ist die Geltungsdauer der jetzigen tariflichen Lohnsätze. Der sächsische Schlichter hatte den 26. März 1926 als Ablaufstermin für die geplanten Vereinbarungen bestimmt. Die Arbeiter lehnten diesen Spruch ab mit der Begründung, sie könnten sich nicht auf so lange Zeit in ihren Lohnsätzen binden, weil inzwischen eine wesentliche Verteuerung der Lebenskosten eintreten könnte. Die Arbeitgeberorganisation beantwortete diese Ablehnung des Schiedsspruches mit dem Aussperrungsbeschluß. Bei den Verhandlungen am Dienstag erklärten sich die Arbeitgeber schließlich mit dem 12. März 1926 als Ablaufstermin einverstanden, während die Arbeiter den 31. Dezember 1925 verlangten. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, setzte das Reichsarbeitsministerium ein Zwangsschiedsgericht ein. Der von dem Schlichter Regierungsrat Kunze gefällte Spruch setzt den 5. März 1926 als Ablaufstermin fest. Eine Konferenz der beteiligten Arbeitergewerkschaften wird am Freitag dieser Woche in Dresden zu dem Spruch Stellung nehmen. Wie wir hören, ist mit einer Annahme dieses Spruches durch die Arbeiter nicht zu rechnen, so daß die Aussperrung in Kraft treten müßte, wenn nicht in letzter Stunde die Parteien doch noch einen Weg zur Einigung finden.

Werkmeisterbildungskurse in Düsseldorf. Der Deutsche Werkmeister-Verband (Sitz Düsseldorf) hat sich dauernd mit Bildungsfragen beschäftigt. Die neuere Entwicklung, die moderne Betriebsorganisation, die rationelle Durchdringung unseres gesamten Lebens sowie die sozialen Umwälzungen der letzten Jahre zwingen den Werkmeister dazu, sich auch mit diesen Fragen neben den technischen auseinanderzusetzen. Heute beginnt in der Staatlichen Wirtschaftsschule ein besonderer Kursus für Mitglieder des Deutschen Werkmeister-Verbandes. Die Zahl der Teilnehmer aus allen Gebieten Deutschlands beträgt 45. Der Kursus dauert bei vollem Tagesunterricht 14 Tage. Für die Mitarbeit sind neben den hauptamtlichen Dozenten der Wirtschaftsschule eine Reihe hervorragender Fachleute gewonnen. Die neuesten Fragen auf dem Gebiete der Wirtschaft, der Sozialpolitik und des Arbeitsrechts kommen zur Behandlung.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft und Feuilleton: I. V.: Gottl. Kasparek; für Gewerkschaftliches, Lokales und Provinz: Alfr. Wielepp; für den Sportteil: Felix Habicht; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig; sämtlich in Halle. — Verlag: „Volksblatt" G. m. b. H. —

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250827-13/fragment/page=0006

Der französische Gewerkschaftskongreß eröffnet.

Kommunistische Anbiederungsversuche.

Paris, 26. August. (Eig. Drahtbericht.)

Der Allgemeine Französische Gewerkschaftsbund (CGT.) ist am **Mittwoch in Paris zu seinem 15. Kongreß zusammengetreten. Vertreter zahlreicher ausländischer Gewerkschaften hatten sich zu** seiner Begrüßung eingefunden. Neben Delegierten aus Deutschland (Graßmann), England, Oesterreich (Schorsch), Italien (d'Aragona) **usw. bemerkte man den Sekretär des Internationalen** Gewerkschaftsbundes, **Oudegeest**. Der Kongreß wurde **von Jouhaux** mit einer Ansprache eröffnet, in der er auf die **Bedeutung** der Amsterdamer Gewerkschafsinternationale hinwies **und erklärte**, daß die französischen Gewerkschaften niemals auf **die Verbindung** mit der Internationale verzichten würden. Er **begrüßte darauf** die Vertreter des **Auslandes**, wobei sein besonderer **Gruß** der italienischen Delegation galt, der er die Unterstützung der französischen Arbeiterklasse bei ihrem Kampf gegen den Fascismus versprach. Nach der Festsetzung der Tagesordnung wurde die erste Sitzung geschlossen.

Gleichzeitig wurde ein **Kongreß der kommunistischen Gewerkschaften Frankreichs** eröffnet. Dieser Kongreß soll sich in erster Linie mit der Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit in Frankreich befassen. Die kommunistischen Gewerkschaftler beschlossen daher, eine **Delegation** an den Kongreß der freien Gewerkschaften zu entsenden, um diesem die **Wiederversöhnung** und die Zusammenlegung der beiden Organisationen anzubieten. Dieser Schritt der Kommunisten ist die folgerichtige Entwicklung der von ihnen seit Monaten mit großem Aufwand geführten Propaganda zur angeblichen Vereinheitlichung der Gewerkschaftsbewegung. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß es den Kommunisten dabei weniger um das Wohl der Gewerkschaftbewegung zu tun ist, als um die Verfolgung ihrer eigenen Parteiziele. Es ist infolgedessen wenig wahrscheinlich, daß der Kongreß der CGT. auf das kommunistische Anerbieten eingehen wird.

Verschärfung des Kampfes im französischen Bankgewerbe.

Paris, 26. August. (Eig. Drahtbericht.)

Während in den letzten Tagen die Verhandlungen zwischen den streikenden Angestellten und den Bankleitungen zu einer Entspannung geführt hatten, hat sich die Lage seit Mittwoch von neuem **verschärft**. Einige Pariser Banken haben am Dienstag ihren streikenden Angestellten mitgeteilt, daß sie wegen Berufsvergehens **entlassen** seien. Eine Versammlung der Streikenden hat daraufhin eine **Entschließung** angenommen, in der betont wird, daß der Verzicht der Bankleitungen auf jegliche Strafmaßnahmen gegen die Angestellten wegen Beteiligung am Streik die erste Bedingung für die Wiederaufnahme der Arbeit sei.

Achtung, Kartelldelegierte der SPD.

Heute abend 8 Uhr findet im Gewerkschaftshaus eine Sitzung mit wichtiger Tagesordnung statt. Alle zur SPD. gehörigen Kartelldelegierten müssen anwesend sein.

Sport und Spiel.

Werbespieltag des Arbeiter-Sportkartells Halle am Sonntag, dem 30. August.

Infolge Disqualifikation der Wasserballmannschaft Magdeburg-Neustadt spielen an deren Stelle „Freie Schwimmer" (Gera) **gegen** „Freie Wassersportler" (Halle) **im eigenen Schwimmbade am Hettstedter Bahnhof** 10½ Uhr vormittags. Vorher Schauschwimmen, Streckentauchen, Kunstspringen, Jugendwasserballspiel.

Im **Stadion**: 11–11.40 Uhr: Handball (Sportlerinnen) Kröllwitz I–Minerva I. — 1–1.40 Uhr: Handball (Schüler) Achilles I–Adler I. — 1.45–2.45 Uhr: Fußball (Jugend) Minerva I–Fichte I (Ammendorf). — 2.50–3.50 Uhr: Stafetten 4×100 Meter: Herren, Damen, Jugend, Schüler; 3×1000 Meter: Herren; Olympische: Herren; ½-Stdn.-Paarlaufen (2 Mann sich beliebig ablösend). —

Alle klassenbewußten Arbeitersportler
nehmen an der
Anti-Kriegskundgebung
des T.-V. „Die Naturfreunde" und der „Proletarischen Kulturvereinigung" am 28. August im großen Saal des „Volkspark" teil.

4–4.30 Uhr: 6er-Radball „Solidarität" (Halle)–Langendorf (Olympiade-Meister im 3er-Radball). — 4.30–5.30 Uhr: Handball Achilles I–Adler I (Herren). — 5.30–7 Uhr: Fußball „Städtemannschaft Halle"–„Bezirksmannschaft des 8. Bezirks" (Delitzsch–Bitterfeld).

Meldungen zu den Stafetten und zum Paarlaufen erfolgen im Stadion an den Leiter, **Genossen Koch** (Sportlust). Hierzu stellen **Stoppuhren Schwimmer und Athleten. Kampfrichter** stellen **Schwimmer 3, Othello 2, Atlas 2, Achilles 2, Viktoria 2, zu melden** bei **Genossen Koch. Ordner für Freihaltung der Laufbahnen stellen** Germania-Felsenfest 2, Ballspielklub Giebichenstein 1, ASC. 1, Teutonia 1, Athletenklub 09 1, Sp.-V. Kröllwitz 1; selbige melden sich bei **Genossen Eurich. Leiter für Fußball ist Genosse Störmer** (Minerva), für Handball Genosse Bornkessel (Othello).

Der technische Ausschuß. J. V.: **Melde.**

Vereinsmitteilungen.

Sportklub „Adler" von 1895 VfL., Halle. Am Sonntag, dem 16. August, spielte Adler I in Wörmlitz gegen Wörmlitz I und konnte das Spiel mit 1:0 für sich entscheiden. Adler Schüler spielte in Reideburg gegen Turnverein Reideburg Schüler und konnte gleichfalls 1:0 gewinnen. Am 8. August nahm der Sportkollege Kurt Steuding am 10-Kilometer-Werbelauf in Bretnig in Sachsen teil und konnte bei starker Konkurrenz, hauptsächlich aus Sachsen, Böhmen und Berlin, in 34 Min. 20 Sek. als erster das Ziel erreichen, und dadurch den ersten und Ehrenpreis gewinnen. — Sonntag, den 23. August, spielte Adler Schüler gegen Fichte Schüler auf dem Fichteplatz und konnten auch dieses Spiel mit 5:4 gewinnen. Adler I spielte ¼4 Uhr auf dem Fichteplatz gegen **Cöthen I. Sofort nach Anpfiff entspann sich ein flottes offenes Spiel**, das **abwechselnd das eine und andere Tor** in **Gefahr** brachte. Cöthen **konnte** bald **das erste Tor erzielen, der Ausgleich** ließ jedoch nicht **lange auf sich warten. Nachdem Adler** sogar das Führungstor geworfen hatte, konnte Cöthen infolge besseren Zusammenspiels und Torwurfs der Stürmer bis Halbzeit noch drei **Tore erzielen, das Ergebnis so auf 4:2 für Cöthen stellend. Nach Halbzeit war das Spiel vollkommen ausgeglichen, ohne daß jedoch, trotz verschiedener Gelegenheiten auf beiden Seiten, weitere Tore** erzielt wurden. Das Spiel endete damit 4:2 für Cöthen. Da Adler **mit zwei Mann Ersatz antreten mußte, ist das Ergebnis als nicht ungünstig zu bezeichnen. Bei besserem Zusammenspiel von Adler** hätte das Ergebnis günstiger für **Adler** gelautet. — Freitag, den 28. August, ¾7 Uhr, spielt Adler II gegen Minerva I auf dem **Minervaplatz. Donnerstag und Sonnabend wird das Vereinsmeeting fortgesetzt. Sonnabend nach der Uebungsstunde Sitzung sämtlicher Leichtathleten und Handballer.** Da äußerst **wichtige Tagesordnung** (Serienspiele usw.) ist **vollzähliges Erscheinen notwendig**. Unentschuldigtes Fehlen wird bestraft. — **Sonntag** beteiligt sich Adler **bei der Veranstaltung des Sportkartells auf dem Stadion.** So spielt Adler **Schüler um 1 Uhr gegen Achilles Schüler.** 4½ Uhr spielt Adler I gegen Achilles I. Ferner beteiligt sich der Verein an den Stafettenläufen.

„Fortuna" (Dölau). „Fortuna" I folgt Sonnabend, den 29. und Sonntag, den 30. August einer Einladung nach Dresden. Am Sonnabend ist „Fortuna" Gegner der spielstarken Dresden-Freital-Deubener I. Am Sonntag tritt sie dann gegen Dresden-Cotta zu einem Freundschaftsspiel an. Hoffentlich vertritt sie unseren Bezirk und Kreis recht würdig. „Fortuna" tritt die Reise mit stärkster Elf an und zwar wie folgt: Heyne, K. Hartleb, R. Hartleb, E. Reuter, A. Troll, O. Troll I, A. Ohme, W. Reuter, O. Reuter, P. Seupt, K. Reuter, Ersatz H. Reuter, Reisebegleiter O. Stein. Die erste Elf trifft sich Sonnabend früh 7 Uhr im Vereinslokal bei Dierschke. Abfahrt Heidebahnhof 7.40 Uhr, Hauptbahnhof 10.30 Uhr. Ferner weisen wir nochmals daraufhin, daß unsere Versammlung am Freitag, dem 28. August im Vereinslokal stattfindet. Sehr wichtige Tagesordnung, u. a. Vortrag des Bezirksspielleiter H. Hartleb: „Bürgerlicher Sport oder Arbeitersport". Unentschuldigtes Fehlen wird satzungsgemäß bestraft.

Turnverein „Jahn", Merseburg. Die Mitgliederversammlung findet nicht, wie gestern gemeldet, beim Turngenossen Kipp statt, sondern im Restaurant „Funkenburg", Teichstraße. Alles andere bleibt bestehen. **Paul Mittag**, Merseburg, Seffnerstraße 8.

„Turn- und Sportvereinigung", Helbra. Am Sonntag, dem 30. August, abends 8 Uhr: Versammlung. **Der Vorstand.**

Rundfunk-Programm Leipzig.

Freitag, den 28. August.

4.30 bis 6 Uhr nachm.: Nachmittagskonzert. 6.30 bis 7 Uhr abends: Leseproben. 7 bis 7.30 Uhr: R. Max Blümich (Leipzig): „Der Breslauer Kongreß des deutschen Schachbundes". 7.30 bis 8 Uhr: Prof. Dr. Eduard Scheidemantel: „Goethe im Gartenhaus des Weimarer Parks". 8.15 Uhr abends: Goethe-Abend. Szenen aus Goethes „Faust", 1. und 2. Teil. Faust, Mephisto, Schüler und Baccalaureus. Anschließend (etwa 9.30 Uhr): Pressebericht und Hackebeils Sportfunkdienst.

Von 20 Mk. Anzahlung an erhalten Sie erstklassige

bei 5 Mark wöchentlicher Raten-Zahlung sofort geliefert
5772
Fahrräder von 98 Mk. an
Hallesch. Fahrzeug-Vertrieb
nur Gr. Ulrichstr. 25 nur

Auf Kredit von 1 Mark! wöchentlicher Teilzahlung an fertige elegante Herren- Damen- u. Kinder-Garderobe
Manufakturwaren Kleiderstoff., Lein.- u. Baumwollwaren Leib- u. Bettwäsche Gardinen Schuhwaren fertige Federbetten Möbel, Spiegel Polsterwaren
Carl. Rasemann
Alte Promenade 35 I. (an d. Hauptpost)
Kredit auch nach auswärts

Zink-Eimer 28 cm stark, verzinkt nur Mk. 1,25
Konkurrenzlos billiges Emaille-Angebot

Emaille-Eimer 28 cm stark, ohne Fehler Mk. 1,05
Nachtgeschirre weiß/weiß 90₰
Konsole mit Maß weiß 45₰
Em.-Schüssel extra groß, mit kleinen Fehlern 1,10
Em.-Kinderbecher ... 15₰
Aufwaschwanne mit Klapphenkel ... 2,75
Alum.-Eßlöffel .... 10₰
5755
Em.-Speiseteller weiß, extra groß ... 35₰
Sand-Seife-Soda-Garnit. 1,50
Kehrschaufeln mit Holzgriff .. 58₰
Em.-Schöpflöffel ... 38₰
Kaffee-Flaschen .... 35₰
Alum.-Teelöffel ... 8₰
Alum.-Schmortöpfe Satz mit Deckel Mk. 5,85
1 Satz Schmortöpfe mit Deckel, beste Emaille 12,95
Sobel
Steinweg 45, Gr. Ulrichstr. 9
Kaffeekocher mit Deckel 75 Pfg.

Wo sollst Du kaufen?
Nur bei unseren Inserenten!

Seefische Volksnahrung lebendfrisch u. billig

Grosse Ulrichstr. 58. 5773
Telephon 1274, 1275, 2705.
Goldbarsch ohne Kopf ℔ 25₰
Seelachs ohne Kopf ℔ 28₰
Grüne Heringe
Cabliau ohne Kopf ... ℔ 40₰
Koteletten vollständ. bratfertig ... ℔ 55₰
Bratschollen ..... ℔ 30₰
Ferner täglich frisch:
Fetttriefende, zarte, delikate, deutsche Vollbücklinge .. ℔ nur 50₰
Eine Delikatesse sind jetzt unsere neuen deutschen Bratheringe 2-Pfund-Dose nur 95₰
Zarte, fette Rauchaale in allen Preislagen.

Lebensmittel in besten Qualitäten, reicher Auswahl und preiswert bei 4497
Ed. Sorg, Kolonialwaren, Hermannstraße 7.

Alle Anzeigen finden im „Volksblatt" guten Erfolg

Ich verschenke zw. Reklame 100000 Witzkisten. Jedes Heft ca. 80 neueste Schlagerwitze. Wollen Sie lachen, senden Sie sof. Ihre Adresse. Verlag M. Lüdecke, Berlin N 379 Christinenstraße 26. Rückporto erbeten.

Alle Drucksachen liefert die Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei

Aelteres Ehepaar sucht Hausmannsstelle. Tauschwohng. vorhanden. Offerten bitte an den Verlag d. Ztg. unter „Hausmannsstelle."

Der Flink ist tot!

Ehrco die neue unübertreffliche Fleckenentfernungs-Pasta in der Tube. gegen: Schleim, Zucker, Fett, Oelfarben, Obst, Tintenstift, Rotweinflecken etc.
In Drogerien und Apotheken erhältlich.

Korn & Zöllner
Fernsprecher 3763 Brüderstraße 13
Eisenwaren u. Werkzeuge

Amtliche Bekanntmachungen

Halle

Am Schwarzen Brett im Wagegebäude (Marktplatz 24) befindet sich eine Bekanntmachung betreffend die förmliche Feststellung einer neuen Baufluchtlinie für die Ostseite des Zeisigweges. 5766

Halle, den 22. August 1925.

Der Magistrat.

Saalkreis

Betrifft Besetzung der 15. und 16. Stelle des Magdeburg'schen Freitisches für das Wintersemester 1925.

Die 15. und 16. Stelle des Magdeburgschen Freitisches, für welche das Vorschlagsrecht dem Kreisausschuß des Saalkreises zusteht, sollen für das Wintersemester 1925 besetzt werden.

Bewerbungsgesuche ersuchen wir binnen einer Frist von **4 Wochen unter Beifügung** der folgenden Zeugnisse an uns einzureichen:

1. Reifezeugnis (bei Theologen einschl. der Reife im Hebräischen) in beglaubigter Abschrift,
2. Vermögenszeugnis nach Maßgabe des für die hiesige Universität vorgeschriebenen Formulars,
3. Zeugnis über ein bestandenes Benefizien-Examen bei solchen Studierenden, welche im zweiten oder einem höheren Studiensemester stehen.

Ferner ersuchen wir um Einsendung einer Geburtsurkunde. 5759

Halle, den 22. August 1925.

Der Kreisausschuß des Saalkreises.

Delitzsch

Bekanntmachung betr. das Tragen von Hundesteuermarken als Steuerkontrollmarken.

Nach § 7 der Ordnung über die Erhebung einer Hundesteuer im Stadtbezirk Delitzsch wird für jeden Hund dem Besitzer desselben eine mit einer Nummer versehene Kontrollmarke erteilt.

Die Marke ist den Hunden, sobald sie auf der Straße frei umherlaufen, am Halsbande so zu befestigen, daß sie leicht zu sehen ist.

Die Ausgabe der Marke erfolgt unentgeltlich, Duplikatmarken werden bei glaubhaft gemachtem Verluste der ursprünglichen Marken gegen Zahlung von 20 RPfg. erteilt.

Bei der Hundeabmeldung ist die in Absatz 1 erteilte Marke zurückzugeben, andernfalls der Betrag von 20 RPfg. zu zahlen ist.

Wir haben nun unsere Polizeirebier-Beamten angewiesen, in Zukunft genau darauf zu achten, daß die gegebene Vorschrift von den Hundebesitzern genau beachtet wird.

§ 13 der Hundesteuerordnung besagt, daß Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Verordnung mit einer Strafe bis zu dem gesetzlich zulässigen Höchstbetrage belegt werden können. Außerdem ist im Falle der Steuerhinterziehung der zehnfache Betrag der hinterzogenen Steuer nachzuzahlen. 5758

Delitzsch, den 21. August 1925.

Der Magistrat.

Eisleben

Unter Hinweis auf das Gesetz betr. die **Beschulung blinder und taubstummer Kinder** ersuchen wir die Eltern, Vormünder usw. von blinden und sehr schwachsichtigen Kindern sowie taubstummen, tauben und sehr schwerhörigen Kindern uns von dem Vorhandensein der Kinder baldigst Mitteilung zu machen, damit die Aufnahme in die hier zu führenden Nachweisungen erfolgen kann. 5767

Eisleben, den 18. August 1925.

Der Magistrat.

Helbra

Freitag, den 28. August, nachm. 5 Uhr, soll der **Ackerplan** im Weißen Tale (früher Ochsenwiese) in Größe von 1¾ Morgen in zwei gleichen Parzellen an Ort und Stelle öffentlich meistbietend verpachtet werden.

Helbra, den 25. August 1925. 5760

Der Gemeindevorsteher.

Hausfrauen! Kauft nur in den Geschäften, welche bei uns inserieren

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250827-13/fragment/page=0007

Unsere arbeitende Jugend

Kritisches zu dem Hamburger Jugendtag

Von Karl Dörr.

Feststellung einiger Mängel bedeutet noch keine Nörgelei. Jede große und gewaltige Tagung besitzt noch einige organisatorische Schönheitsfehler. Auch die vierte Reichstagung der Sozialistischen Arbeiterjugend in Hamburg war nicht ganz freizusprechen von einigen Unschönheiten, aber diese Mängel gingen unter in der Unzahl organisatorischer Regieglanzleistungen, und nur kritisch geschärfte Augen oder Berufsnörgler fanden einige dunkle Punkte auf dem festlichen Gewande des hellstrahlenden Jugendtages.

*

Bevor wir aber zu den kritischen Auslassungen übergehen, wollen wir doch einige lebende Bemerkungen über Geschautes und Erlebtes voranstellen. Zuerst den Dank aller Jugendlichen an die Gastgeber auch an dieser Stelle aussprechen. Die Gastfreundlichkeit der Norddeutschen ist bekannt, aber erlebt wurde sie erst in Hamburg. Kein Wort sagt zuviel, wenn wir der Selbstlosigkeit der Hamburger Arbeiterschaft ein hohes Lied singen. Aufgeopfert haben sich viele Familien, eingeschränkt haben sie sich, trotz der Not und der Arbeitslosigkeit haben sie sich um die Jugendlichen gerauft und sie herzlich in ihre bescheidenen Wohnungen geführt. Freude an dieser Jugend leuchtete in den Augen der Gastgeber, sie fühlten sich mit dieser Jugend verbunden und wollten ihnen frohe Tage geben. Und sie haben Freude reichlich ausgeteilt. Jeder Jugendliche denkt mit Dankbarkeit und Herzlichkeit an seinen Hamburger Quartiergeber zurück. Unsere Erinnerung soll der schönste Dank sein. Ein Wort der Anerkennung wollen wir auch der Verkehrsgesellschaft widmen, denn sie hat durch weitgehendes Entgegenkommen der Jugend die Möglichkeit gegeben, Hamburg zu Land und zu Wasser ausgiebig kennenzulernen, und die Jugend hat wirklich guten Gebrauch von den verbilligten Hafen-, Alster-, Hochbahn- und Cuxhavener Helgolandfahrten gemacht. Die Jugend hat durch dieses Entgegenkommen der Verkehrsgesellschaft Hamburg einigermaßen sehen können, und wir möchten auch anderen Städten, in denen einmal Arbeiterjugendtage stattfinden sollten, dieses Entgegenkommen als Beispiel voranstellen. In diesem Zusammenhang verdient selbstverständlich auch die Arbeiterjugendleitung ein Wort des Lobes, denn nur durch ihre nimmerrastende Arbeit wurde es ja erst möglich, all diese günstigen Besichtigungsgelegenheiten voll auszunutzen. Es gäbe noch manches Gute zu berichten, aber wir müssen uns nur auf das Wenige beschränken, um auch der Kritik Raum zu geben.

*

Reichsjugendtage sollen Massenwillenkundgebungen der arbeitenden Jugend sein, die Ziele der Bewegung sollen wieder einmal laut in die Lande verkündet werden, aus einer Stadt sollen Tausende, Zehntausende, ja, Hunderttausende von Jugendlichen ihr Bekenntnis für die Organisation hinaustönen lassen, um ebenfalls Tausende und abermals Tausende von fernstehenden Jugendlichen aufhorchen zu lassen. Mahnungsrufe gehen von diesen Jugendtagen aus, das Gewissen vieler junger Menschen soll geweckt werden und eine tiefe Sehnsucht soll in das Herz eines jeden fernstehenden Jungen und Mädels nach starken Erlebnissen, nach Erlebnissen gemeinschaftsverbindender Stunden und Tage gelegt werden. Aber auch die schlummernde Erkenntnis soll aufgeweckt werden, der jugendliche Mensch soll auf seine Klassenlage und auf seine unlösliche Verbundenheit mit allen arbeitenden Jugendlichen aufmerksam gemacht werden, er soll aus solchen gewaltigen Zusammenkünften eine Kraft spüren, die ihn mit emporheben kann aus dem grauen Alltag. Aus Spiel und Tanz soll die fröhliche Jugendlichkeit ausstrahlen und werbend die außenstehenden Jugendlichen heranholen, damit sie in die Reihen der organisierten Jungproletarier eingefügt werden können. Und wir können in unseren Reihen noch tüchtige Kampfeskolonnen für den Kampf um die jugendlichen Rechte gebrauchen. Konnte aus Hamburg dieser gewaltige Mahnruf in die Lande weit hinausschallen, oder brach sich nicht schon dieser Ruf an den Grenzen der hamburgischen Stadt? Wir glauben, daß die Werbekraft des Jugendtages sich schon in der Stadt Hamburg selbst erschöpfte. Hamburg ist zu gewaltig für einen Jugendtag, Hamburgs Straßen verschlingen Tausende von jugendlichen Menschen und man hat keinen starken Masseneindruck hinterlassen. Das ewig flutende Leben in den Hamburger Straßen, das arbeitsfleißige Treiben auf den Straßen und Märkten, das betriebsame Leben am Hafen, im Innern der Stadt, das tempohafte Auf und Ab aller Verkehrsmittel, das Hasten und Jagen von Geschäft zu Geschäft, von Arbeitsstelle zu Arbeitsstelle, das ganze arbeitsbeschwingte Milieu in Hamburg saugt jeden Eindruck sofort auf. Der Klang des Liedes verhallt im Hämmern und Dröhnen, der harte Tritt taucht unter im Gestampfe der Maschinen und die Vielfarbigkeit geht bald im Grau des Stadtbildes wieder unter. Wohl gibt es ein farbiges Aufblinken, ein jauchzendes Auffingen, ein ganz kurzes Beherrschen des Straßenbildes, aber nur für Minuten, dann liegt wieder die graue Alltäglichkeit über der Straße. Hamburg ist für einen Jugendtag zu groß, alle Eindrücke werden aufgeteilt, man hat nur noch Ausschnitte eines Jugendtages, aber kein Gesamtbild mehr, es gab kleine Jugendtage in den einzelnen Stadtbezirken, und nur für wenige Sekunden rauschte der gewaltige Strom des Jugendtages durch Hamburg, alles mit sich reißend, alles mit sich schwemmend, alles mit sich ziehend in den Stadtpark. Hamburg mag als Stadt der arbeitenden Jugend einen gewaltigen Anschauungsunterricht vermitteln, die Jugend spürt einmal unmittelbar den starken Arbeitsimpuls einer weltstädtischen Metropole, aber sie verliert in einer solchen Stadt selbst den Blick für ihre eigene Größe, für den Umfang ihres eigenen Jugendtages. Gewiß sind die Unterbringungsverhältnisse in einer Stadt wie Hamburg bedeutend größer, aber dafür sind die propagandistischen Erfolge um ein bedeutendes geschmälert. Auch vom Hamburger Jugendtag wird ein neuer Aufschwung der Organisation ausgehen, aber meiner Auffassung nach würde dieser Aufschwung noch größer gewesen sein, wenn der Jugendtag durch die Größe der Stadt nicht in Atome zersplittert worden wäre.

*

An kleinen organisatorischen Mängeln wollen wir uns nicht aufhalten, denn solche Mängel sind einfach unvermeidlich. Wer wollte es wirklich besser machen? Niemand. Die Leitung des Jugendtages hatte jedenfalls das Möglichste zum Gelingen geleistet. Das hier und dort Verzögerungen eintraten, daß nicht jeder sofort seinen Platz zugewiesen bekam, daß ein jeder mal ein bißchen warten mußte, und daß sich Auf- und Abmarsch nicht ganz ohne Hindernisse machen ließen, das wollen wir als Arbeiterjugend doch nicht allzu tragisch nehmen. Und ähnliche Kritiken, die man aus Gesprächsfetzen heraushörte, wollen wir ebenfalls nicht zur Grundlage einer Kritik des Jugendtages machen. Grundsätzlich glaube ich, daß ein Jugendtag wirkungsvoller nach außen Ziel und Inhalt der Bewegung wiedergibt, sobald die Grenzen der Stadt nicht zugleich die Grenzen der propagandistischen Auswirkungsmöglichkeiten bedeuten. Und diesen Eindruck hatte ich leider von dem Hamburger Jugendtag.

*

Heben wir kurz einige Veranstaltungen heraus. Als neuartig kann für die Jugendarbeit der niederrheinische Bewegungschor angesehen werden. Neben dem Gesangs- und Sprechchor kann sich die Jugend auch den Bewegungschor schaffen, sie kann jetzt das Streben nach rhythmischer Lösung der Glieder einstellen auf Gestaltungen von proletarischen Befreiungsproblemen, die ja gerade durch körperhafte Ausdrucksformen an sichtbarer Wirkung unübertrefflich sind. Die gezeigten Bewegungsspiele waren noch einfach und wenig problematisch, sollen sie auch sein, und die künstlerische Formung war noch etwas einfach und primitiv, aber hier zeigte sich doch wenigstens ein neuer Weg zur künstlerischen Formung proletarischen Strebens.

Noch ein letztes Wort zum Sprechchorwerk „Jugendtag" von Bruno Schönlank. Der Sprechchor selbst war in der Kürze der Zeit nicht zusammenzufassen gewesen, es konnte keine große Vorbereitung getroffen werden, und diese mangelnde Vorarbeit und Durcharbeit hörte man nur zu oft heraus. Die einzelnen Solosprecher fanden auch nicht immer den einfachen und menschlich eindrucksvollen Ton, oft gaben sie nur Deklamationen, wo man gerne einmal ein tief empfundenes, menschlich stark erregendes Wort gehört hätte. Mag sein, daß der weite Raum, und vor allem die freie Stätte zu dieser sprachlichen Gezwungenheit führte, aber trotzdem bleibt immer ein kleiner Rest des Unbefriedigtseins zurück. Warum mußte auf einmal mitten im Spiel das Lied „Auf Sozialisten, schließt die Reihen" unvermittelt und ohne jeglichen tieferen Zusammenhang eingefügt werden, gab es kein besseres Lied; jedenfalls wirkte es auf einmal zu stark gesucht und herangeholt. Die Tendenz war gar nicht angebracht. Auch ich bin immer für unsere alten Kampflieder, aber sie müssen notwendig sich einfügen in das Ganze.

Und zum Schluß noch ein Wort über die Ausstellung. Sie gab nichts Allzuneues und die Ausstellung selbst wirkte nicht künstlerisch genug, zu ladenmäßig war alles ausgelegt. Aber einen Eindruck unserer Arbeit, unseres Geschmackes gab diese Ausstellung doch.

„Jugendtag".

Der Tag der Jugend in Hamburg fand seinen Höhepunkt und Abschluß in Schönlanks „Jugendtag" — ein Erlebnis für jung und alt, eine Sinfonie von Licht, Ton, Wort, Farbe und Bewegung.

Dem Dichter Schönlank ist aus lebendigem Jugendgefühl heraus, ist aus Liebe zur Jugend, aus Miterleben und Mitschwingen mit ihr ein Neues auf der Linie seines Schaffens gelungen. Er ist vom fast handlungslosen Worte zum wortbewegten Sprechchor übergegangen. Sein Höchstes hat er aber auch hier noch nicht erreicht. Die harmonische Verschmelzung von Wort, Bewegung, Musik, Gesang, Tanz und Handlung zu einem imposanten Ausdruck von Massensehnen, Massenkampf und Massentriumph, vertieft durch innerstes Erleben jedes einzelnen der agierenden Individuen, harrt in ihm noch seiner Verwirklichung. Nach diesem neuen Beweis seines Könnens darf man aber hoffen, daß Schönlank seine Aufgabe erfüllt. Er kennt Ziel und Weg. Er beherrscht Wort und Stoff. Er besitzt Phantasie und Gestaltungskraft.

Statt einer Häufung ungezählter Motive, für deren Glaubhaftigkeit nur Worte, nichts andres als Worte bürgten, deren Pathos trotz ständiger Unterstreichungen nicht immer der Phantasie der Lauschenden genügt hat, tritt hier ein einziges Motiv auf, das gerade durch seine Einfachheit und Unmittelbarkeit, dank der Beziehung, die zwischen ihm und dem lebenden und kämpfenden Individuum besteht, erschüttert: Der Kampf der sonnenstürmenden, freudejubelnden Jugend mit der entwürdigenden, demütigenden, atembeengenden, versklavenden Not

Die Rufe des Sprechers und der Sprecherin nach Gemeinschaft, Versöhnung, nach dem jüngsten Tag verhallen kaum gehört im gähnenden Dunkel des Raumes. Bis endlich die Jugend dem erwachenden frohlockenden Tag ihre jauchzenden Chöre entgegensendet. Doch andere Chöre, mutlos entnervte Chöre geschlagener und getretener Jugend rufen den ersten ein hemmendes Halt zu, beschweren mit Fesseln des Zagens und Zauderns ihren Schritt gegen den jungen Tag hin. Die graue Not schwillt im Gefühl ihrer Uebermacht. Sie heftet sich an die Fersen der frohlockenden Chöre der Jugend; sie beschwört, ermutigt durch die Gefolgschaft der notgebeugten grauen Chöre, die Sorgen und Qualen des Alltags auf sie herab; sie gebietet ihrem Vordrängen Halt und scheint für einige Augenblicke den Sieg über die Freude und nimmererlahmende Stoßkraft der Jugend davonzutragen.

Die Rufe und Warnungen, die Ermutigung und Mahnung der Sprecher findet kein Echo mehr in den Herzen der jugendlichen Chöre; gleich den grauen Chören gewähren sie ein Bild verzweifelter Resignation. Not aber gebiert Haß — das Haßgelichter zischt durch den Raum seinen eklen Haßgesang, Haß gebiert Zank, Hader, Zwistigkeit — Krieg stürmt heran. Der wilde Rhythmus der Kriegshorden mengt sich dem Haßgezische und, wie verzweifelt, brechen die immerdar hoffnungsbeharrenden Chör der Jugend hindurch, die siegesverheißenden Stimmen der Rufer.

Und die Chöre der Jugend tragen den Sieg davon über Zwietracht und Haß, über Krieg und Unfrieden, finden den Weg zur Gemeinschaft. Von allen Seiten strömen die Scharen junger Bundesgenossen herbei, mit weithin leuchtenden Fackeln und siegesroten Fahnen. Nicht gibt es mehr graue Chöre — es ist ein einziges Riesenheer, ein Riesenmund, ein Jubelchor, das den Weltchoral der Freude: „Schillers Lied an die Freude" gen Himmel sendet. Wundervoll erscholl vorher das Jugendtaglied, gesungen vom Berliner Jugendchor.

Das letzte Bild, Tausende junger Menschen und Hunderte roter Fahnen im Lichte zahlloser Fackeln, war überwältigend, wie das Gefühl der Gemeinschaft, das die Zehntausende von Zuhörern und Zuschauern mit den Tausenden der Bühne verband. Dieses Schauspiel, wie es ähnlich wohl selten erlebt worden, dürfte allein schon genügen, jede Kritik zum Schweigen zu bringen, wenn nicht einige Worte im Interesse der Vertiefung des Eindrucks bei künftigen Aufführungen gesagt werden müßten.

Einmalig ist das Erlebnis des Jugendtages — einmalig ist solch eine Aufführung des „Jugendtages". Das einmalige verpflichtet aber zum Höchsten, zur Hintanstellung kleinlicher materieller Rücksichten. Der Hamburger Sprechchor, in wenigen Monaten gleichsam aus der Erde gestampft, hat Hervorragendes geboten — an Wortgestaltung vielleicht nicht Geringeres als Floraths seit Jahren in Berlin wirkender proletarischer Sprechchor; an Ausdruck und Bewegung hat er ihn in den Schatten gestellt.

Aber es fehlte an Musik. Kein gewaltiges Orchesterstück, die Motive des Chorwerks verkündend, tiefste Spannung erzeugend, Erwartung erfüllend, Vorahnungen weckend, ging demselben voran. Einzelsprecher und Musiksätze waren zum Schlusse nur lose miteinander verbunden — hier sollte Musik und Wort unvermittelt ineinander übergehen, miteinander verschmelzen, um schließlich in ein einzig großes Bild, lebend und bewegt, in Gesang und Musik auszuklingen.

Nichts sagte dem Auge, daß es die grauen Chöre sind, die die jungen lebensprudelnden Chöre am Vorwärtsstürmen verhindern wollten. Es fehlt an sprechender Beleuchtung — an Lichttönen. Die Fackeln der Chöre des Hasses warfen das gleiche Licht, wie die der Krieger. Die Krieger selbst waren — horrible dictu — Reichsbannerleute. Welch' seltsame Ideenverwirrung. Es wären besser wild sich gebärdende Männer in zeitlosen und bei allen Völkern gleichbleibenden Kriegshelmen am Platze gewesen. Der Marschrhythmus der Krieger war nur schwach von Trommeln verstärkt.

Damit wären in der Hauptsache die Worte der Kritik erschöpft. Das, was noch hinzuzufügen wäre, könnten nur Einzelheiten sein. Die spielen jedoch bei der Größe der Darstellung und der Schönheit des Werkes kaum mit.

Die Reichsbildungszentrale der Partei hat ein Preisausschreiben für ein Weihnachts- und Sonnenwendespiel angekündigt. Hier wäre es am Platze, endlich den Versuch zu machen, das Weihespiel zu schaffen, das den höchsten Anforderungen eines proletarischen Massenspiels genügte. Vielleicht findet sich dann auch der Regisseur, vielleicht finden sich auch die Mittel, die diesem Massenspiel zur höchsten Ausdrucksmöglichkeit verhelfen.

Leo Rosenthal.

Zurück zum Achtstundentag!

In der letzten Zeit steht die sozialpolitische Tätigkeit im Vordergrund der Arbeit vieler großer deutscher Jugendverbände. Wir berichteten bereits kürzlich, daß der Ausschuß der deutschen Jugendverbände, dem 70 Reichsjugendverbände mit etwa 3½ Millionen jugendlichen Mitgliedern angeschlossen sind, den Entschluß gefaßt hat, die gesetzliche Festlegung von drei Wochen Urlaub für die werktätige Jugend bis zum 16. Lebensjahr und zwei Wochen Urlaub für die werktätige Jugend von 16 bis 18 Jahren zu fordern.

Auf der letzten Sitzung des Ausschusses, die am 21. April in Berlin stattfand, stand die Frage der Arbeitszeit der werktätigen Jugend zur Debatte. Die gegenwärtigen Verhältnisse auf diesem Gebiet erfordern dringend eine durchgreifende Abhilfe. Die Arbeitszeitverordnung vom Dezember 1923 läßt für die Jugend bis zum 16. Lebensjahr eine neunstündige und für die Jugend über 16 Jahren eine zehnstündige tägliche Arbeitszeit zu. Wenn diese Bestimmungen nicht baldigst aufgehoben werden, sind bei dem gegenwärtigen körperlichen Zustand der deutschen Jugend die schwerwiegendsten Schädigungen der Volksgesundheit unvermeidlich, da eine zehnstündige Arbeitszeit die Grenze des Erträglichen weit übersteigt.

Der Ausschuß der deutschen Jugendverbände beschloß daher nach einem Referat seines Vorsitzenden einstimmig, von den gesetzgebenden Körperschaften die unverzügliche Verabschiedung eines Arbeitszeitgesetzes zu fordern. Der Ausschuß stellte im einzelnen folgende Forderungen hinsichtlich der Bestimmungen über die Arbeitszeit der Jugendlichen auf:

1. Die wöchentliche Höchstarbeitszeit für Lehrlinge, jugendliche Arbeiter und Angestellte bis zum vollendeten 18. Lebensjahre darf 48 Stunden nicht übersteigen.

2. In die 48stündige Arbeitswoche sind einzurechnen die Zeit für den Besuch der Pflichtfortbildungsschule und für Aufräumungsarbeiten.

3. Die Arbeitszeit ist nach Möglichkeit so zu legen, daß der Sonnabendnachmittag für alle jugendlichen Arbeiter arbeitsfrei ist.

4. Die Nachtarbeit ist für die Jugend bis zum vollendeten 18. Lebensjahr zu verbieten.

5. Das Schutzalter der Jugend ist in allen Fällen auf 18 Jahre festzusetzen.

Der Ausschuß beschloß ferner, Anfang Oktober eine öffentliche Tagung in Kassel abzuhalten, in der vor den Vertretern der Behörden, der Parlamente und den an der Jugend besonders interessierten Kreisen der Oeffentlichkeit die obigen Forderungen der Jugend hinsichtlich der Ferien und der Arbeitszeit vertreten und begründet werden sollen, um so weitere Kreise für den Kampf um die schnelle Verwirklichung dieser Forderungen zu gewinnen.

Werkgemeinschaft.

Von Dr. Viktor Engelhardt (Berlin-Friedenau).

Die Masse lieben — heißt alle Kräfte bejahen, die uns an das kollektive Dasein ketten. Noch sind wir von solcher Bejahung weit entfernt, am weitesten vielleicht in den Sphären rein geistigen Schaffens. In ihnen herrscht die Gier, zu gelten, noch ganz unverblümt. Das Streben nach dem individuellen Ruhm, nicht nur der Schöpfer des Werkes zu sein, sondern auch als solcher scharf hervorzutreten, läßt manchen Künstler oder Philosophen die notwendige Dankbarkeit gegen alle Vorgänger und Mitarbeiter, ohne die das Werk unmöglich wäre, vergessen.

Wie anders arbeitet die Technik als der Schriftsteller, Künstler oder Philosoph! Nur selten tritt der Name eines Erfinders leuchtend hervor. Das große Werk ist meistens anonym. Nur die Firma zeichnet dafür. Die Firma aber ist eine riesenhafte Werkgemeinschaft. Konstrukteure, Kalkulatoren, Kaufleute und Organisatoren des Betriebes leisten die geistige Arbeit — Tippdamen, Werkmeister, Arbeiter, Monteure und tausend Handlanger die materielle Gestaltung. Schließlich steht das Werk vor uns, von Tausenden geschaffen und doch von sinnvoller Einheit — für Millionen bestimmt und doch von keinem die Millionen überragenden Genie den Millionen geschenkt. Im Werk der Technik wird ein Geist lebendig, der anonymer, mittelalterlicher Baukultur darum verwandt ist, weil er im Kollektivbewußtsein wurzelt. Man verlange vom „prominenten" Künstler die geistige Anspannung eines vollendeten Ingenieurs oder Organisators — und man gebe ihm als Lohn den gleichen Ruhm. Er würde sehr oft hohnlachend danken. Er würde meinen, der „Erfolg" sei doch gar zu gering. Und doch setzt der Techniker seine ganze Kraft mit Freude ans Werk, das er mit tausend anderen teilt. In ihm lebt etwas vom Geiste, den die Zukunft fordert. Der Techniker, mag er politisch auch ganz anders denken, ist für eine sozialistische Welt stark disponiert. Sein Schaffen kann uns eine erste Ahnung vermitteln von dem, was eine kollektive Epoche unter „Schaffen" versteht.

Die Technik zwingt alle in ihr Tätigen zur Werkgemeinschaft, zum Schaffen im kollektivistischen Sinne. Die der Technik Vermählten — Arbeiter und Ingenieure — sind die berufenen Wegbahner in eine Zukunft, die die Arbeit mit ganz anderen Maßstäben wird werten müssen als mit denen des persönlichen Erfolges.

So ist Bejahung der Technik, Liebe zur Technik unsere erste Pflicht. Blind braucht die Liebe zur Technik nicht zu sein. Im Wesen der Technik leben Kräfte, die zur Kollektivkultur drängen. Gleichzeitig geben die Zentralisierungstendenzen der Technik aber hier und da kleinen Gruppen gewaltige Macht. Einseitige Spannungen werden geboren, die unlösbar sind, wenn sich die kleinen Gruppen nicht in das Kollektivbewußtsein einordnen wollen. Technik allein ist noch keine Kultur der Gemeinschaft. Eine kapitalistische Wirtschaft kann gewisse „Schwächen" der Technik, Schwächen im Hinblick auf die soziale Kultur, so ausnutzen, daß sie die zur Gemeinschaft treibenden Kräfte der Technik überwuchern. Aus Arbeitsteilung wird Qual — aus der Zentralisierung despotische Macht. — Erst durch den Geist wird die Technik zum Träger sozialer Kultur. Wir aber, die wir vorangehen wollen im Geiste, müssen die Technik bejahen um der kollektivistischen Kräfte willen, die in ihr leben. Bejahen heißt, alle kulturhemmenden Kräfte bekämpfen — und das Grundwesen der Technik, die Bindung an die Gemeinschaft, freudig begrüßen. Bejahen heißt, über die Technik hinaus ein Reich sozialen Willens erbauen, in dem die Technik erst wahren Kulturwert besitzt.

Ein Buch für den Hamburger Jugendtag.

Zahlreichen Wünschen folgend plant der Arbeiterjugend-Verlag die Herausgabe eines Buches über den Hamburger Reichsjugendtag. An dem Buch sollen, ähnlich wie beim bekannten Weimarbuch, möglichst viele, besonders auch jüngere Jugendtagsteilnehmer mitarbeiten.

Der Arbeiterjugend-Verlag fordert also auf, Beiträge für das Buch einzusenden, und zwar bis spätestens 10. September, unter dem Kennwort „Hamburg-Buch" an die Adresse: Arbeiterjugend-Sekretariat, Hamburg 36, Große Theaterstraße 44. In Frage kommen: Stimmungsbilder, Betrachtungen, Gedichte, Zeichnungen, Photographien. Erwünscht sind vor allem auch Schilderungen von Quartier- und Seefahrtserlebnissen, Mitteilungen von Jugendtagsanekdoten und -witzen. Ungeeignete Einsendungen werden auf Wunsch zurückgegeben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219250827-13/fragment/page=0008